

Wöchentlich 40 Blätter, monatlich 1.20 Reichsmark im Voraus zahlbar. Unter Druck in der Reichsmark 1.20 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der größten Auflage von 400.000 Exemplaren ist das wichtigste Organ der Arbeiterbewegung. Er enthält die neuesten Nachrichten aus dem Reich und den Provinzen, die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Ereignisse, die Meinungen der führenden Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung, die Berichte der Reichstagsdebatten, die Verhandlungen der Reichsregierungen, die Beschlüsse der Reichstagskommissionen, die Verhandlungen der Reichsregierungen, die Beschlüsse der Reichstagskommissionen, die Verhandlungen der Reichsregierungen, die Beschlüsse der Reichstagskommissionen.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag
20. Januar 1928

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration des Vermögens in den Händen einer kleinen Zahl von Kapitalgebern ist eine der größten Gefahren für die Demokratie. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die Einführung einer Vermögenssteuer, die die Einkommen der reichsten Klassen in Höhe von 10 bis 20 Prozent besteuert. Diese Steuer würde die Einkommen der reichsten Klassen von 100.000 Reichsmark auf 50.000 Reichsmark und die Einkommen der mittleren Klassen von 50.000 Reichsmark auf 25.000 Reichsmark senken. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die Einführung einer Vermögenssteuer, die die Einkommen der reichsten Klassen in Höhe von 10 bis 20 Prozent besteuert.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegamm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polstbedruck: Berlin 87536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskontokonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Bayernskandal — Reichsskandal!

Geheimvertrag Bayern-Reichsregierung, der die Durchbrechung der Reichsverfassung vorsieht.

München, 19. Januar. (Eigenbericht.)

Im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags wurde bei der Beratung des Kultusetats durch die mißtrauische Aufmerksamkeit des sozialdemokratischen Mitberichterstatters der Schleier von Dingen gezogen, die den Reichstag lebhaft interessieren werden. Im Juli 1926 wurde zwischen dem Reich und Bayern eine Vereinbarung über die Rückgabe der mit dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung an das Reich übergebenen bayerischen Armeebibliothek an das Land Bayern getroffen. Danach fiel das Eigentum an dieser Bibliothek mit ihren über 100.000 Bänden und 15.000 zum Teil sehr wertvollen Kartenwerken unentgeltlich an den bayerischen Staat zurück. Dieser verpflichtete sich dafür, die Bibliothek als geschlossenes Ganzes für Heereszwecke zu erhalten und fortzuführen und sie der Reichswehr als Bücherei des Wehrkreises VII zur Verfügung zu stellen. Zur Instandhaltung, Ergänzung und Fortführung der Bibliothek muß der bayerische Staat jährlich mindestens einen gleich hohen Betrag aufwenden wie das Reich für die Büchereien der übrigen Wehrkreise. Die Kosten der Verwaltung und des Betriebes trägt der bayerische Staat, wozu das Reich aber einen Zuschuß bis zur Höchstgrenze von 25.000 M. leistet.

bekanntgegeben wurden und der offenbar heute noch in Geltung ist.

Wenn auch Sinn und Zweck dieses Vertrages bis zur Stunde geheimgehalten sind, so wird er doch zur Genüge beleuchtet durch die jetzt bekanntgewordene Tatsache,

daß in ihm von dem Eventualfall der Wiederherstellung der Selbständigkeit Bayerns auf dem Gebiete der Wehrmacht die Rede ist.

In diesem Eventualfall soll nämlich die bayerische Armeebibliothek ohne weiteres der bayerischen Militärverwaltung eingegliedert werden. So heißt es in der im Juli 1926 getroffenen Vereinbarung. Daß eine verfassungstreue Regierung Geheimverträge schließt für den Fall, daß die geltende Reichsverfassung in den entscheidenden Punkten ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt oder über den Haufen geworfen ist, stellt zweifellos im Verfassungsleben einen höchst seltenen Fall dar, der die unterirdischen Kräfte im Kampfe gegen die Verfassung der deutschen Republik grell beleuchtet.

Von Bayern ist man gewohnt, daß es unter Zerstörung der Weimarer Verfassung seine staatliche Souveränität der Jahre 1818 bis 1871 wieder anstrebt. Als höchst ungewöhnlich aber muß es erscheinen, daß Reichsbehörden dazu ihre Hand leihen und hinter dem Rücken der allein zuständigen Volksvertretung Geheimverträge in dieser Richtung schließen. Die Loyalitätsbezeugung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held gegenüber der Weimarer Verfassung bei der Länderkonferenz wird dadurch in ein recht eigenartiges Licht gerückt.

Groener.

Reichswehrminister gegen den Willen der Deutschnationalen

Der Reichspräsident hat gestern, eine Stunde vor dem Zusammentritt des Reichstages, den früheren Reichsverkehrsminister und Generalleutnant a. D. Gröner zum Reichswehrminister ernannt.

Das Organ der stärksten Regierungspartei, die „Kreuzzeitung“, begrüßt den neuen Reichswehrminister mit den folgenden Sätzen:

„Wir haben aus unseren Bedenken, die gegen eine Verwendung General Gröners in der Stellung des Reichswehrministers sprechen, kein Hehl gemacht. Wir halten sie auch heute aufrecht. Wir können, mag auch die sachliche Eignung des Generals Gröner gerechtfertigt sein, auch heute noch nicht die Vergangenheit vergessen.“

Die Ernennung des neuen Reichswehrministers ist demnach erfolgt gegen den Widerspruch der stärksten Regierungspartei. Noch gestern morgen spielten die Batterien der deutschnationalen Presse in voller Stärke gegen Gröner. Hugenbergs „Total-Anzeiger“ versicherte, noch sei nicht an eine Ernennung Gröners zu denken, die Linksprelle nehme einen von ihrem Standpunkt aus begreiflichen Wunsch als Tatsache. Gröner störe die Homogenität des Kabinetts, er besitze nicht die notwendige Fähigkeit, um sich den auf Politisierung und Zerstückelung der Reichswehr gerichtete Bestrebungen der Liebe und Scheidemann entgegenzusetzen, und vor allem, er habe schon vor der Revolution stark unter der Einwirkung der Idee der Demokratie und der Notwendigkeit der Revolution gestanden.

Unmittelbar nach dem deutschnationalen Generalaufmarsch gegen Gröner erfolgte seine Ernennung. Die Situation ist einigermassen blamabel für die stärkste Regierungspartei. Die Deutschnationalen haben bei der Ernennung von Ministern kein Glück. Die Affäre Graf war so blamabel wie die Affäre von Keudell, und bei dieser Angelegenheit spielen sie die Rolle des fünften Rades am Wagen. Vielleicht sind sie jetzt überzeugt, daß ihre Forderung einer Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten sehr überflüssig ist. Die Stellung eines Reichspräsidenten, der gegen den Widerspruch der stärksten Regierungspartei den Reichswehrminister ernennen kann, scheint uns hinlänglich stark zu sein.

Diese Ernennung wird von den Deutschnationalen als Abgrenzung gegen das empfunden, was das Wesen ihrer in der Agitation vertretenen Bestrebungen ausmacht. Sie können auch heute noch nicht die Vergangenheit vergessen. Sie können nicht vergessen, daß Gröner im Zusammenbruch des Jahres 1918 das für Deutschland notwendige Volksgewehr auch gegen den Kaiser. Sie können nicht vergessen, daß Gröner entschlossen den Weg zur Republik ging und in ihre Dienste trat — nicht um Parteigeschäfte zu treiben und die Republik von innen auszuhöheln, wie die deutschnationalen Regierungspolitiker von heute, sondern um den Zusammenhalt Deutschlands, seinem Wiederaufbau und seinem neuen Staatswesen zu dienen. Gestern abend stellte Genosse Scheidemann im „Acht-Uhr-Abendblatt“ aus seinen Erfahrungen fest, daß die Zusammenarbeit Gröners mit der ersten Revolutionsregierung vollkommen reibungslos verliefen sei, daß Gröner sich zweimal loyal in den Dienst der Republik gestellt habe; sicher werde er in seinem neuen Amte nicht antirepublikanische Treibereien dulden. Das ist die Vergangenheit, die die Deutschnationalen auch heute noch nicht vergessen können! Ihre Bedenken gegen Gröner und die Begründung dieser Bedenken — sie kennzeichnen den Geist ihrer Politik in der Republik gegen die Republik.

Herr Gröner und Herr von Keudell — das ergibt allerdings keine Homogenität! Zur Zeit des Kapp-Putsch hat Herr von Keudell gegen die verfassungsmäßige Regierung die Befehle der Putschisten vollzogen — Herr Gröner aber ist dem Kapp-Putsch mit großer Entschiedenheit entgegengetreten.

Wir glauben darum gerne, daß die Deutschnationalen diese Ernennung als politischen Prestigeverlust und als Sorge für die Zukunft empfinden. Indessen sind Taten und Meinungen der Vergangenheit nicht die Grundlage des politischen Urteils über Bedeutung und Taten eines Mannes in der Gegenwart. Es wäre grundverkehrt, Herrn Marx von heute nach seinen Meinungen vom Jahre 1925 zu beurteilen — wobei wir Herrn Gröner nicht die gleiche Wandlungsfähigkeit unterstellen möchten.

Der neue Reichswehrminister steht vor großen und bedeutsamen Aufgaben. Er besitzt zur Lösung dieser Aufgaben Tradition und Fähigkeit, es muß sich zeigen, ob auch den politischen Willen. Die eine dieser Aufgaben ist die Bereinigung des Reichswehretats. Herr Gröner hat im Jahre 1917 im Kriegsamt gegen die Industrie Stellung genommen, die sich am Kriege bereicherte. Er hat im Jahre 1921 als Reichsverkehrsminister die Pläne derer um Stinnes bekämpft, die die Reichsbahn der Schwerindustrie ausliefern wollten. Es wäre für die Klärung des Reichswehretats sehr förderlich, wenn Herr Gröner diese Tradition im neuen Amte fortführen würde. Es gibt im Reichswehretat, in der Finanz- und Wirtschaftsg-

Liquidationsbetrug in Lothringen.

Riesendiebstahl an ehemals deutschen Eigentum.

Paris, 19. Januar. (Eigenbericht.)

Die Kammerkommission zur Kontrolle der Staatsverträge ist großen Schleichungen bei der Verwaltung des ehemals deutschen Besitzes in Elsaß-Lothringen auf die Spur gekommen. Die Liquidation der lothringischen Metallindustrie hätte nach den damals abgeschlossenen Kaufverträgen 480 Millionen ergeben müssen. Es sind aber tatsächlich nur 100 Millionen Aktien übriggeblieben.

Die Kommission beschloß, die Regierung aufzufordern, die Liquidation des Besitzes der ehemaligen feindlichen Staatsbürger zu prüfen und insbesondere die Annullierung der Liquidation der lothringischen Güterwerke mit allen Mitteln zu betreiben.

Der Marineminister provoziert das Parlament.

Paris, 19. Januar. (Eigenbericht.)

Die Kammerkommission zur Kontrolle der Staatslieferungen hatte einen Marineoffizier zur Aussage über einen in der Kriegsflotte verwendeten Brennstoff vorgelesen; der Offizier erschien jedoch nicht. Der Marineminister ließ der Kommission mitteilen, daß er selbst am Erscheinen verhindert sei; er habe daher dem vorgelesenen Offizier Auftrag gegeben, der Vorladung nicht Folge zu leisten. Die Kommission beschloß, wegen dieser neuen Brüstung Beschwerde beim Ministerpräsidenten einzulegen.

Einjährige Dienstzeit unter Vorbehalt.

Stimmhaltung der französischen Sozialisten.

Paris, 19. Januar.

Die Kammer hat heute abend das gesamte Rekrutierungsgesetz, in dem, wie bereits berichtet, bestimmt wird, daß bis zum 1. November 1930 die Vorbedingungen für die Einführung der einjährigen Dienstzeit erfüllt sein müssen, mit 410 gegen 23 Stimmen angenommen. (Bisher bestand die 1½jährige Dienstzeit.) Die Sozialisten enthielten sich der Abstimmung. (Weil die Vorbedingungen derart sind, daß trotz des

ursprünglichen feierlichen Versprechens der Regierung die Möglichkeit besteht, die Einführung der einjährigen Dienstzeit auch über den 1. November 1930 hinaus zu verschleppen. Red. d. „V.“)

Der Versuch sozialistischer und kommunistischer Abgeordneter, für die farbigen Truppen der französischen Armee die gleiche Dienstzeit zu erwirken wie für die einheimischen Truppen, blieb erfolglos.

Gegen den Gaskrieg.

Erklärung der internationalen Antigasriegskonferenz.

Brüssel, 19. Januar.

Die internationale Gasriegskonferenz hat ihre Arbeiten beendet und wird dem internationalen Roten Kreuz verschiedene Entwürfe vorlegen. Sie hat eine Erklärung abgegeben, wonach der Gasrieg ein nicht berechtigtes Mittel sei, der kämpfende und Nichtbeteiligte ohne Unterschied trafe und der durch das Völkerrecht abgeschafft werden müsse. Genosse de Vrocker, Mitglied der Konferenz, äußerte sich dem Vertreter des „Soz. Pressedienst“ gegenüber dahin, die Brüsseler Beratungen hätten ihn in der Ansicht bestärkt, daß ein wirksamer Schutz der Zivilbevölkerung gegen den Gasrieg so gut wie ausgeschlossen ist und die einzige Lösung darin liegt, alle Energien auf die gänzliche Abschaffung des Gasrieges zu konzentrieren.

Reichstagsbeginn.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler begründet den Etat.

Der Reichstag trat gestern nachmittag zu seiner ersten Sitzung nach der Pause zusammen. Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler begründete den Etat für 1928. Nach seiner Rede wurde auf Wunsch des Zentrums die Sitzung vertagt. Heute nachmittag 2 Uhr wird Genosse Severing die Debatte eröffnen.

barung der Reichswehr manches, was sich mit dem messen kann, was Herr Gröner im Jahre 1917 im Kriegsamt aufgefunden hat.

Die andere Aufgabe ist die große Reichswehrreform. Die Deutschnationalen erblicken die Aufgabe des Reichswehrministers darin, einen starken Ball zu bilden gegen jeden Reformwillen, der die Reichswehr mit dem Geiste des neuen deutschen Staates erfüllen will. Die deutschnationale Politik sieht in der Reichswehr ein Gegengewicht gegen die demokratische Verfassung, ein letztes Stück Kaiserreich, das in die Republik hineinragt. Es gibt Kräfte in der Reichswehr, die diesen Anschauungen entgegenkommen. Der deutschnationale Ruf: schütze die Reichswehr! bedeutet: stört diese Kräfte nicht. Es ist für den neuen Reichswehrminister die Schicksalsfrage, wie er sich zu diesen deutschnationalen Anschauungen stellen wird.

Entweder rechtfertigt er die Furcht und die Bedenken der Deutschnationalen gegen ihn und greift das Wort der Reichswehrreform im Geiste der demokratisch-republikanischen Verfassung entworfen an — dann wird die Regierung des Bürgerblocks, in die er eintritt, sehr rasch auseinanderfallen. Dann wird für den Bürgerblock gelten: „Die Füße der Männer, die ihn hinaustragen werden, erscheinen bereits an der Tür.“

Oder er bemüht sich, die Bedenken der Deutschnationalen zu zerstreuen und ein Reichswehrminister nach ihrem Herzen zu werden. Will er so gefährliche Bahnen wandeln, dann wird die Agonie der jetzigen Regierung länger dauern — seine Reichswehrministerkchaft aber um so kürzer.

Wilhelm Gröner wurde am 2. Januar 1867 in Ludwigsburg in Württemberg als Sohn eines Militärschulmeisters geboren. Im Jahre 1884 trat er als Fahnenjunker ins Heer ein. Im Oktober 1912 wurde er als Chef der Eisenbahnabteilung in den großen Generalstab versetzt. In seinem Amt leistete er wichtige Dienste, die von allen Seiten anerkannt worden sind. Während des Krieges wurde er im Mai 1916 militärischer Vorstand des neu geschaffenen Kriegsernährungsamtes unter Beibehaltung seiner Stellung als Chef der Eisenbahn. Im Oktober 1916 trat er an die Spitze des neu geschaffenen Kriegsammtes. Als er sich im Sommer 1917 gegen die Schwerindustrie wandte, die am Kriege übermäßig verdient, wurde er sofort seiner Stellung enthoben und an die Front geschickt.

Im Oktober 1918 wurde er als Nachfolger Ludendorffs zum 1. Generalquartiermeister ernannt. In den Revolutionstagen hatte er es von sich gemessen, dem Kaiser den Gedanken der Abdankung nahe zu bringen. Am 9. November 1918 hatte er die Aufgabe, dem Kaiser und seiner Umgebung die Situation klar aufzuzeigen. Er wies nach, daß eine Unternehmung des Feldheers gegen die Heimat zur Niederwerfung der Revolution unausführbar war. Gegenüber dem heftigen Widerspruch des Generaloberst v. Pfaffen, des Grafen Schulenburg und des Kaisers selbst erklärte Gröner:

„Das Heer wird unter seinen Führern und kommandierenden Generälen geschlossen und in Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter dem Befehl Eurer Majestät, denn es sieht nicht mehr hinter Eure Majestät.“

Gröner legte sich gegen den Grafen Schulenburg, den Generaloberst v. Pfaffen, die den Bürgerkrieg entzünden wollten, durch. Hindenburg trat an seine Seite, und Wilhelm floh nach Holland. Das hoben Gröner die Deutschnationalen nicht vergessen.

Nach dem Waffenstillstand leitete Gröner den Rückmarsch des deutschen Heeres nach der Heimat. Am 16. Oktober 1919 ließ er sich zur Disposition stellen.

Im Juni 1920 trat er als Reichsverkehrsminister in das Kabinett Fehrenbach ein. Er blieb im Amt in den beiden folgenden Kabinetten Brüch und dem Kabinett Cuno. Im August 1923 schied er nach dem Rücktritt Cunos aus dem Amt.

Er hat eine Reihe von ausgezeichneten militärischen Schriften verfaßt, die eine eingehende Kritik der deutschen Heerführung im Weltkrieg darstellen. Er hat sich stets entschieden gegen die Dolchstoßlegende gewandt. Auch das können ihm die Deutschnationalen nicht verpassen!

Das deutschnationale Mißtrauen.

Die deutschnationale Presse stellt mit: Wenn in der Presse verbreitet wird, die Parteiführer hätten sich mit der Ernennung des Generals Gröner zum Reichswehrminister einverstanden erklärt, so trifft das für die Deutschnationale Volkspartei nicht zu. Es sind Bedenken politischer Art geltend gemacht worden.

Die Ernennung erfolgt aber nach der Verfassung durch den Herrn Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichstages. Die deutschnationale Reichstagsfraktion erkennt das Recht des Herrn Reichspräsidenten gerade auf dem Gebiete der Wehrmacht, selbständige Entscheidungen zu fassen, in vollem Maße an. Das entspricht der zuletzt in der Entscheidung vom 7. Dezember festgelegten grundsätzlichen Auffassung vor der Bedeutung der Stellung des Reichspräsidenten im Sinne des Führergedankens. Da Herr General Gröner der Mann des Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten ist, stellt die Partei ihre Bedenken zurück.

Auswärtige Debatte im Reichstag.

Voraussichtlich am Donnerstag nächster Woche.

Der Reichsaussenminister hat den Präsidenten des Reichstages gebeten, mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes wegen seines bevorstehenden Urlaubs schon in der nächsten Woche zu beginnen. Da die Ausschussberatungen über den Etat in einigen Tagen abgeschlossen sein dürften, wird dem Antrag Dr. Stresemanns entsprochen und voraussichtlich am kommenden Donnerstag mit der auswärtigen Debatte begonnen werden.

Der Kassenrat des Reichstages ist für Freitag mittag 13 Uhr einberufen worden, um den Geschäftsplan für die nächsten Wochen aufzustellen.

Die auf gestern Nachmittag nach dem Plenum berufene Fraktionsversammlung des Zentrums konnte in ihre Beratungen nicht eintreten, da zunächst der Vorstand der Zentrumsfraktion eine Sitzung abhielt, deren Dauer nicht abzusehen war.

Der Schulgelehrtenhandel.

§§ 14-16 vom Ausschuss verabschiedet.

Am Donnerstag legte der Bürgerblock im Bildungsausschuss des Reichstags eine neue Fassung des § 17 des Reichsschulgesetzes vor. Es soll dadurch das verwaltungsgerichtliche Verfahren, wenn Anträge von Erziehungsberechtigten abgelehnt werden, auf den § 14 Abs. 2 oder 3 beschränkt werden. Heinsie (D. Sp.) übernahm die Begründung. Der preussische Vertreter Ministerialdirektor Kaestner und der sächsische Vertreter Lehnen aber auch die neue Fassung ab, da kein Land in der Lage sei, den notwendigen Apparat zu errichten.

Friedensschluß Marx/Stegerwald

Marx nimmt zurück und beteuert seine soziale Gesinnung.

Die Verhandlungen über die in der Zentrumsfraktion entstandenen Schwierigkeiten wurden in der heutigen Sitzung des Vorstandes der Reichstagsfraktion des Zentrums mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

1. Der in der Presse wiedergegebene Brief des Parteivorstehenden Dr. Marx vom 19. Dezember 1927 war eine vertrauliche Privatäußerung, die irrtümlich von dritter Seite ohne Autorisierung des Empfängers veröffentlicht worden ist.

2. Der Brief war eine Antwort auf eine Beschwerde des geschäftsführenden Ausschusses des katholischen Lehrerverbandes vom 12. Dezember 1927 und bezweckte die Beruhigung erregter Lehrkreise über in der „Nordischen Volkszeitung“ ebenfalls gegen den Willen des Verfassers veröffentlichte briefliche Äußerungen Dr. Stegerwalds zur Frage der Parteistandsbeamten. Eine beiderseits beabsichtigte Aussprache zwischen Marx und Stegerwald war leider durch die in den letzten Tagen vor der Weihnachtspause sich häufenden parlamentarischen Arbeiten verhindert worden.

3. Die in den Worten „unbegründet“ und „unwesentlich“ enthaltene Kritik des Parteivorstehenden bezog sich auf diese von Dr. Stegerwald referierend wiedergegebenen Äußerungen Driller über einen Teil der Parteistandsbeamten. Sie richteten sich keineswegs gegen die Stellungnahme Stegerwalds zur Befolgsfrage überhaupt.

4. Dr. Marx erkennt an, daß Dr. Stegerwald in seiner Reichstagsrede vom 13. Dezember 1927 die erforderlichen Aufklärungen gegeben hat. Beide Rundgebungen sind erst nachträglich zur vollen Kenntnis des Parteivorstehenden gelangt.

5. Dr. Marx legt besonderen Wert auf die Erklärung, daß er sich mit Entschiedenheit gegen die Annahme verwehrt, er habe die

Worte „Dr. Stegerwald und einige Gewerkschaftsfunktionäre“ in geringfügigem Sinne gebraucht. Bei seiner grundsätzlichen Einstellung zur christlichen Arbeiterbewegung und bei dem Achtungs- und Vertrauensverhältnis, in dem er seit vielen Jahren zu den christlichen Gewerkschaften stehe, sei derartige völlig ausgeschlossen. Er bedauert, daß eine solche Annahme habe auskommen können.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages ist der Ansicht, daß nach dieser Aufklärung der Zusammenhänge die Angelegenheit als erledigt betrachtet werden muß.

Um den Vorgängen auch jede persönliche Spitze zu nehmen, hat der Parteivorstehende, Dr. Marx, nachstehenden Brief an Dr. Stegerwald gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Kollege! Nachdem in den Beratungen des Vorstandes unserer Fraktion die bedauerlichsten Mißverständnisse zwischen uns ausgeräumt sind, drängt es mich, Ihnen von Herzen dafür zu danken, daß Sie mitgeholfen haben, den Weg der Verständigung zu finden. Sie dürfen versichert sein, daß ich nicht daran gedacht habe, Ihnen durch den bekannten Brief kränkende Vorwürfe zu machen, um so weniger, als wir seit Jahr und Tag an der Spitze der Partei politische Verantwortung miteinander getragen haben. Ich wünsche nichts schmerzlicher, als daß Sie auch weiterhin mit Ihrem Rat und Ihrer Erfahrung gestützt auf Ihre enge Fühlung mit der christlichen Arbeiterkategorie gemeinsam mit uns die großen sozialen und staatspolitischen Aufgaben in Ihrer bisherigen führenden Stellung lösen helfen. Bei dieser Gelegenheit habe ich mit tiefem Bedauern festgestellt, daß meine soziale Gesinnung in Zweifel gezogen worden ist. Ich vertrete den Gedanken der Volksgemeinschaft und die sozialen Grundzüge unserer Partei unentwegt und bleibe festen Willens, den Aufstieg der Arbeiterkategorie in jeder Hinsicht rechtlich und praktisch zu fördern. Mit kollegialen Grüßen geg. Dr. Marx.“

Ohne Gerichtsurteil verschickt.

Die Trostlisten zunächst auf drei Jahre verbannt.

Erfurt, 19. Januar.

Wie der Zähler „Volkswille“, das Reichsorgan der Linkskommunisten, erfährt, sind die russischen Oppositionsführer zunächst für drei Jahre verbannt. Im Gegensatz zur sonstigen Verbannungspraxis wurden die Oppositionsführer nicht von einem ordentlichen Gericht abgeurteilt, sondern von der Staatspolizei. Die Verbannten mußten sich im Verlauf von zwei Tagen melden und wurden durch Gendarmen abgeschleppt. In den Moskauer Wohnungen der Oppositionsführer wurde eine Beschlagnahme von Literatur, schriftstellerischen Arbeiten usw. durchgeführt.

Die Moskauer Jubiläumsteilerei.

„RSD.“, das deutsche Mittelungsblatt der russischen Sozialdemokraten erhält folgenden Bericht eines Augenzeugen:

Die Jubiläumstribunen im November trugen den Charakter richtiger Demonstrationen, die sich von unseren alten Demonstrationen und den politischen Demonstrationen der übrigen Welt nur durch den eigenartigen Umstand unterschieden, daß sie gleichzeitig auch Gegendemonstrationen waren, denn die Kommunisten waren in einem und demselben Zuge vereint; doch die Stalinisten und die Oppositionellen beschimpften einander viel schärfer als den Bolschewismus und bearbeiteten einander eifrig mit den Häufen.

Die Demonstration zog durch die Twereskoja, wie gewöhnlich. Vom Balkon des zweiten Stockwerks des Hotels „Paris“ hielten

die Führer der Opposition, mit Bredschewski und Sapranow an der Spitze, Ansprachen

an die Menge, in denen sie auf die Gefahren hinwiesen, die den Oktoberrevolutionen durch die Mehrheitspolitik drohten. Ihre Ansprachen wurden mit starkem Beifall, aber auch mit Schmährufen aufgenommen — es wurde gleichzeitig rosend gelächelt und gepfiffen. Auf den Ruf: „Rieder mit denen, die pfeifen“, wurden diese von den „Opponenten“ angegriffen, und da sie sich in derselben Menge befanden, entstanden allgemeine Reifereien, bis die Menge von den Nachzügleren weitergeschoben wurde und

mit blutenden Nasen, unter dem Abjagen der „Internationale“

ihren Marsch fortsetzte. Dieses Bild wiederholte sich vor meinen Augen einige Male, mit abwechselndem Erfolg für die Stalinisten und die Oppositionellen. Plötzlich kam eine neue Gruppe heran — alle in gleichen Mägen und schwarzen Mänteln — und überschüttete die Opposition mit toten Schmährufen. Gleichzeitig wurde der

Balkon mit sauren Gurken, verfaulten Äpfeln usw. bombardiert. Auf dem Balkon suchte man mit den Händen und bewegte die Lippen; Worte waren nicht zu hören und ich erinnerte mich unwillkürlich an das frühere Auftreten der Sozialdemokraten in kommunistischen Versammlungen. Daraufhin gingen die Schwarzgekleideten zu einem

Angriff auf das Hotel

über, zertrümmerten die Tür und rasten nach oben. Die früheren Versuche der Stalinisten, den Balkon zu erklimmen und den Feind zu erreichen, hatten jedesmal mit einer Niederlage geendet, kaum war es gelungen, das „Barrakernest“ zu erreichen, als die Rechtgläubigen vom zweiten Stockwerk auf die Straße herunterwarfen. Die Schwarzmäntel stürmten nun über die Treppe nach dem Balkon und zerrten ihre vor kurzem noch so geliebten Führer vom Balkon fort. Was weiter geschah — ist mir nicht bekannt, aber bald darauf erschien der Bezirkssekretär Kujtin auf dem Balkon und verkündete, daß der Feind niedergeworfen sei und hat, „sich das Fest nicht mehr trüben zu lassen“.

Ich ging weiter in der Richtung zur Kitzkaja Straße und hier spielte sich vor meinen Augen ein noch widerlicheres Schauspiel ab. Hier — im Studentenviertel — stieß ich auf einen Studentenzug. Auch hier waren Rechtgläubige und Reher beisammen. Aber sie hatten verschiedene Lösungen, verschiedene Porträts der Führer und das wollten die Stalinisten nicht dulden. Die Studenten hegannen die roten Fahnen der Andersgesinnigen zu zerreißen. Es entstand eine

„Ausgewählte“ Schlägerei, die Fahnen wurden vernichtet

und an Stelle der imposanten roten Fahnen wurden in aller Eile kleine rote Fahnen mit kaum leslichen Aufschriften fabriziert. Aber auch der Anblick dieser lässlichen Fahnen, die eine Jungkommunistin aus ihrem Kopftuch zurückgeschüttelt hatte, brachte die Stalinisten in Wut; die Schlägerei begann aufs neue und dauerte an dieser Stelle nicht weniger als fünf Stunden!

Abends, als ich nach Hause zurückkehrte, stieß ich auf

eine Gruppe, die von Soldaten so eng umringt war, daß sie sich nicht bewegen konnte.

Es stellte sich heraus, daß diese Gruppe von Oppositionellen schon seit dem frühen Morgen von den Soldaten festgehalten wurde und sie verblieb so den ganzen Tag in stalinischer Gefangenschaft. In dieser Gruppe herrschte schon ein Bärm, daß man kein Wort verstehen konnte. Im engen „brüderlichen“ Kreis feierte die „einheitliche“ Partei ihr zehnjähriges Jubiläum! Es war ein schmachvoller und widerlicher Anblick. Die Spießer empfanden dabei einen ganz besonderen Genuß und befreuzigten sich heimlich.

Austritt aus der KPD.

Zwischenfall im Leipziger Stadtparlament.

Leipzig, 19. Januar. (Eigenbericht)

In der letzten Sitzung der Leipziger Stadtparlamenten wurde ein sozialdemokratischer Antrag zwecks Gründung einer Wohnungsfürsorge G. m. b. H. mit 42 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Für Ablehnung stimmten auch die Kommunisten mit Ausnahme des Stadtverordneten Lungwig, der eine Erklärung abgab, daß er als Vertreter der Arbeiterkategorie die Verantwortung für die Ablehnung nicht übernehmen könne. Es gebe auch noch andere Organisationen, die den Klassenkampf hochhielten und führten, wenn auch in anderem Sinne als die KPD. Darauf wandte sich der kommunistische Fraktionsführer Biederbach gegen Lungwig und bezeichnete ihn als ein getauchtes Subjekt der KPD. In aller Ruhe erklärte Lungwig, daß er auf das Kräfteverhältnis der kommunistischen Größe nichts mehr gebe, auch habe er keine Lust mehr, die verräterische Politik seiner Partei mitzumachen.

Eine britische Strafexpedition in Uraden mit Dutzenden Bombenflugzeugen gegen das Land Redsch (Scheidt Reifus) soll einfallen in den Traktat vorbeugen.

England und die Sicherheit.

Eine Denkschrift in Genf überreicht.

Genf, 19. Januar. (Eigenbericht.)

Das Völkerbundssekretariat hat am Mittwoch die von England und Schweden eingereichten Darlegungen zur Sicherheitsfrage der Presse übergeben.

Die englischen Ausführungen

gehen inhaltlich weit über das hinaus, was bisher in der Presse angedeutet wurde, und bilden eine umfangreiche umständlich begründete Denkschrift zur Sicherheitsfrage, die Englands endgültiges Programm zu diesem Problem sein dürfte. Die Note stellt sowohl Englands Meinung zum internationalen Schieds- und Schlichtungsverfahren wie seine Haltung zum Abschluss von Sicherheitsverträgen dar. Ein obligatorisches Schiedsverfahren wird nur für juristische Fragen und auch da nur unter Einschränkungen angenommen. Bei politischen Streitfragen verbleibt die nationale Souveränität nach Englands Meinung eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit und ermöglicht nur ein unverblühtes Schlichtungsverfahren, wie es im Völkerbundsstatut vorgesehen ist. Dagegen weist die englische Denkschrift den Sicherheitsverträgen, wie sie die Völkerbundsversammlung nach Scheitern des Genfer Protokolls empfohlen hat, höchsten Wert für die Sicherung des Friedens bei und stellt sich erneut auf den Standpunkt, den Chamberlain bei dieser Gelegenheit eingenommen habe. Es wird u. a. bemängelt, daß die später abgeschlossenen Sicherheits- und Schiedsverträge meist keine vermehrte Sicherheit schaffen, da sie Verträge besternder Staaten seien, zwischen denen keine Streitfragen bestanden hätten. Wert habe der Sicherheitsvertrag nur zwischen Staaten, zwischen denen eine Streitfrage bestünde, die durch den Vertrag friedlicher Erledigung zugeführt würde.

Als Muster eines guten Sicherheitsvertrages wird schließlich der Locarnovertrag ausdrücklich behandelt und noch einmal die

absolute Bereitwilligkeit Englands, für Locarno mit allen seinen Klaffen einzutreten,

wiederholt. In ähnlicher Weise müßte nach Ansicht der englischen Denkschrift auch die Befriedung anderer strittiger Gebiete und politischer Streitfragen auf der Erde zwischen den beteiligten und interessierten Nationen geregelt werden. Eine allgemeine Bürgschaft für die Friedenssicherung über den Völkerbundsstatut und Locarno hinaus könne England nicht annehmen. Ohne Frankreich direkt zu nennen, betont die Note verschiedentlich die absolute Sicherheit, die der Locarnovertrag Frankreichs Ostgrenzen und damit Frankreich im allgemeinen gewährt. Schwedens Antwort

Swedens Antwort

stimmt mit der englischen in der Wertschätzung der Locarnoverträge überein. Aber Schweden meint, daß das in den Locarnoverträgen festgelegte Schiedsverfahren zum allgemeinen Prinzip erhoben werden müßte und stellt einen in 20 Paragraphen gefaßten Entwurf eines solchen internationalen Schiedsverfahrens zur Diskussion. Als letzte Instanz für alle Fälle, in denen das im Völkerbundsstatut vorgesehene Schlichtungsverfahren ergebnislos bleibt, ist das Haager Internationale Schiedsgericht vorgesehen. Auch Schweden empfiehlt die Schaffung weiterer Sicherheitsverträge analog dem Locarnovertrag.

Die Arbeiterpartei gegen die Denkschrift.

London, 19. Januar. (Eigenbericht.)

Während die bisher vorliegenden bürgerlichen Kommentare zu Chamberlains Memorandum sich durchaus in zustimmendem Sinne ausgesprochen, wird auf Seiten der Arbeiterpartei mit großem Nachdruck unterstrichen, daß die Stellungnahme Chamberlains eine große Gefahr für den weiteren Gang der Sicherheitsfrage darstellt. Der „Daily Herald“ spricht die Auffassung der Partei aus, wenn er sagt, daß das dreifache Nein Großbritanniens, das im Memorandum zu finden sei, es für das Völkerbundsstatut in hohem Maße, wenn nicht völlig unmöglich mache, irgendeinen Weg zu finden, der den Bedürfnissen einer ganzen Reihe europäischer Regierungen entgegenkomme. Die Vorgänge in den vergangenen Jahren seien eine Warnung gewesen, daß alle auf eine weitere Abrüstung abzielenden Pläne verworfen werden würden, weil auf diese Bedürfnisse nicht Rücksicht genommen werde. Die Ausfichten auf Entwaffnung und auf Durchführung der im Versailler Vertrag gegebenen feierlichen Zusicherungen würden im zehnten Nachkriegsjahre durch die neuesten Erklärungen der konservativen Regierung gefährdet werden.

Keine Klagen in Ostoberschlesien.

Der Begutachtende Ausschuss weiß von nichts.

Wie aus Katowitz gemeldet wird, hat der Vorsitzende des Begutachtenden Ausschusses für Arbeiterfragen, Direktor Albert Thomas, in der Sitzung, die gestern stattfand, festgestellt, daß der Ausschuss sich nur mit solchen Fragen befassen könne, die ihm von der Gemischten Kommission überwiesen werden. Diese habe aber keinerlei Beschwerden überwiesen. Infolgedessen wurde die Sitzung mangels eines Verhandlungsgegenstandes wieder geschlossen.

Da der Gemischten Kommission aber die Klagen der deutschen Arbeiter zugegangen sind, scheint hier also ein Versagen dieser Kommission vorzuliegen. Es ist jedenfalls sehr merkwürdig, daß ein so großer Apparat ausgeheugt und dann festgestellt wird: über Ostoberschlesien sind Klagen deutscher Arbeiter unbekannt.

Coolidges Krieg.

General Sandino gefallen?

New York, 19. Januar.

Nach hier aus Nicaragua vorliegenden sehr unklaren Meldungen soll General Sandino bei dem nordamerikanischen Luftangriff auf seine Stellungen bei Chapipala am Sonntag umgeblieben sein. Die Stellungen sollen vollkommen geräumt und die Anhänger Sandinos in die Sümpfe an der Grenze nach Honduras oder sogar hinter die Grenze nach Honduras vertrieben sein. Die Stellungen sollen vollkommen geräumt und die Anhänger Sandinos in die Sümpfe an der Grenze nach Honduras oder sogar hinter die Grenze nach Honduras vertrieben sein. Die Stellungen sollen vollkommen geräumt und die Anhänger Sandinos in die Sümpfe an der Grenze nach Honduras oder sogar hinter die Grenze nach Honduras vertrieben sein.

Bürgerkrieg hilf!



Nicht nur in Charlottenburg gibt es baufällige Häuser. Ein gewisses Bürgerblutbadhaus zeigt solche Risse, daß es sofort geräumt werden müßte.

Heil Kaiser Dir!

Von denen, die nicht alle werden!

Man erschrecke nicht: es handelt sich nur um eine Latzache, die zur Heiligkeit ebenso reizt wie zum Traurigkeit. Es kann also jeder das seine daraus nehmen.

Also dieser Latze fiel uns eine Glückwunschkarte in die Hände, die auf — Format A4 — schönem weißen Bogen den Vorwurf zeigt, wie ihn die folgende Probe wiedergibt. Eigentümlich mit Krone und dem Buchstabenzeichen des verflüchtigten letzten Kaisers darin:



Unser Kaiser ist ein großer Mann!

In der Arbeiterpartei finden solche Karten ein Mißverständnis die empfindlichen Führer zu sein, die die Arbeiterpartei mit dem Kaiser zusammenbringen.

Im Reichstag sind die Arbeiterpartei die einzigen, die die Arbeiterpartei mit dem Kaiser zusammenbringen.

Mit diesem vorgedruckten Sammelbogen wird nun auf die Unterschriftenammlung gegangen, um dem alten Herrn in Doorn das „Gelöbnis unwandelbarer Treue“ zu schicken. In der uns vorliegenden Liste finden wir zumeist die Namen alter und noch älterer Frauen. Unter welchem Druck sie für das Treugelöbnis gewonnen sind, wissen wir nicht. Aber man findet auch andere interessante Persönlichkeiten. Da ist zunächst der Herr Max Bolter, RDE (in Wirklichkeit Reichsbahnobersekretär), von der Zierdorfer Straße 61; oder den Postassistenten a. D. Paul Rolle, Landsberger Allee 61 mit seinem Berufskollegen Brensch, Albingstr. 33a; oder den städtischen Kanzler Bernhard Treitin, Langenbedstr. 8; oder den städtischen Arbeiter Bahmann, Landsberger Str. 103; oder den Bäckermeister Fritz Wahl, Koppenstr. 46; oder den Kohlenhändler B. Gürtler, Große Frankfurter Str. 104 und den Tischlermeister Anton Niestowski von der Friedrichsberger Str. 14. Das sind nur einige Namen aus dem bunten Gemisch der Unterzeichner dieser einen Liste. Wie viele Listen ähnlicher Art in Berlin noch im Umlauf sind, weiß man nicht. Es werden sich aber immer noch genug Leute finden, die ihrem Drang zur „unwandelbaren Treue“ nicht widerstehen können. Sie sind zu beneiden, weil sie in dieser ersten Klasse um so komischer wirken, als der Gegenstand ihrer Zuneigung bekanntlich vorgezogen hat, ins Ausland zu gehen. Ernsthaft wirkt das „Gelöbnis unwandelbarer Treue“ gegen einen entlassenen Monarchen oder bei Beamten, die von der Republik ihr Gehalt oder doch ihre Pension beziehen. Von der unwürdigen Rolle eines Bäckers, der im Arbeiterpartei den Arbeiterfamilien Brot und Schrippen verkaufen möchte, aber sein Herz in Doorn verloren hat, reden wir lieber nicht!

Um die kommunale Selbstverwaltung.

Das Düsseldorf'sche Haushaltsdefizit. — Ein Verwaltungsstreitfall erledigt.

Die Stadt Düsseldorf hat in ihrem Haushalt einen Fehlbetrag von 3,5 Millionen zu decken. An sich keine erschütternde Sache, aber zu diesem Zweck sollte die Erhöhung einer Anzahl von Steuern durchgeführt werden. Die der Düsseldorf'scher Industrie nicht paßten. Insbesondere hätte die Düsseldorf'scher Industrie-

und Handelskammer Einspruch erhoben. Der dortige Bezirksausschuss hat diesen Einspruch berücksichtigt und sich ebenfalls gegen die Steuererhöhungen gewandt. Dabei wurde aus Düsseldorf lebhaft darüber Klage geführt, daß die Düsseldorf'scher Industrie auf 12 Millionen wegen Regierung und Bezirksausschuss zu beeinflussen versucht habe. Der „Vorwärts“ hat diese Klage am 22. Dezember v. J. — „Verwaltungsstand im Rheinland“ — wiedergegeben. Jetzt hat die Düsseldorf'scher Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die Grundvermögenssteuer, die Gewerbesteuer und die Lohnsteuer, letztere von 1250 auf 2050 Prozent, zu erhöhen. Durch diesen Beschluß des Düsseldorf'scher Stadiparlaments ist der Streitfall erledigt.

Allerdings enthielt unser damaliger Bericht einige Schiefheiten, um deren Berichtigung uns Regierungspräsident Genoffe Bergemann ersucht hat. Andere Gründe als die in der Presse veröffentlichten hätten für die Stellungnahme des Bezirksausschusses keine Rolle gespielt. Der stellvertretende Vorsitzende des Bezirksausschusses habe festgestellt, daß weder an ihn noch ein anderes Mitglied, das an der Sitzung beteiligt war, Vertreter der Düsseldorf'scher Industrie mit der Absicht der Beeinflussung herangetreten seien. Bedinglich die Denkschrift der Industrie- und Handelskammer sei mit besprochen worden. Der Vorwurf einer Pflichtverletzung gegenüber dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses sei unberechtigt. Dieser selbst, nicht aber der Regierungspräsident, hätte noch in der Sitzung im öffentlichen Interesse Beschwerde einlegen müssen. Außerdem sei der Regierungspräsident noch vor der Zustimmung des Beschlusses an den Oberbürgermeister telefonisch von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt worden.

Gegenüber diesen Feststellungen hat die Düsseldorf'scher „Volkszeitung“, unser dortiges Parteiblatt, schon richtig hervorgehoben, daß der „Vorwärts“ nicht von einer formellen Verletzung der Vorschriften gesprochen habe. In der Tat, daß die Wirkung des Beschlusses einer einseitigen Stellungnahme für die Partei der großen Steuererweiser alsichomme, sei aber dadurch nichts geändert. Unser Düsseldorf'scher Blatt hebt auch, wie wir es schon getan haben, den großen Einfluß der Düsseldorf'scher Industrie- und Handelskammer hervor, der zweifellos das Recht der kommunalen Selbstverwaltung erheblich beschneidet. Der vom Bezirksausschuss in der Tat durchgeführte Einspruch in die Rechte der kommunalen Selbstverwaltung und der Stadtverordneten ist jetzt durch den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung repariert, womit auch für uns die Angelegenheit erledigt ist. Nicht erledigt ist die Frage, wie dem wachsenden Einfluß der Handelskammer auf die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden entgegen gewirkt werden kann.

Ungarische Spionage.

Verhaftungen in den Nachbarstaaten.

Budapest, 19. Januar. (Ung. Telegr.-Korr.-Bureau.)

Aus der Tschechoslowakei und aus Rumänien ein- treffende Nachrichten berichten, daß sich dort die Verhaftungen von Personen mehren, die man der Spionage zugunsten Ungarns beschuldigt. Diese Serien von Verhaftungen hängen nach hiesiger Auffassung mit dem Anschluß an den Zwischenfall in Szeged-Gothard im Auslande wieder auflebenden ungarisch-feindlichen Pressepropaganda zusammen.

Die Zeitungen im Ausland, die nicht müde werden, Harthung-Ungarns Rüstungen anzuprangern, sind nur dem Harthung-Regime, aber nicht Ungarn feindlich, wollen vielmehr sein Volk von dieser Schandherrschaft befreit sehen.

Steuerrevolte auf Kreta.

Athen, 19. Januar.

Von der Insel Kreta wird berichtet, daß Steuerbeamte, die sich zur Einziehung der Steuern nach Nioires in der Pandochäft Metara begeben hatten, von den dortigen Bauern überhand genommen wurden. 500 Bauern, von denen einige bewaffnet waren, überfielen die Steuerbureau und vernichteten sämtliche Archive. Zur Wiederherstellung der Ordnung sind von Kandia Truppen abgegangen.

Rumänischer Minderheitenschutz.

Großwardein, 19. Januar.

Die Minderheitsvölker in Siebenbürgen wurden durch eine neue Maßnahme der Regierung in große Aufregung versetzt. In Großwardein, wo sich vor wenigen Wochen die antiseinitischen Ausschreitungen der rumänischen Studenten abspielten, wurden sämtliche städtischen Beamten magyarischer Abstammung jetzt schon zum dritten Mal einer Prüfung in der rumänischen Sprache unterworfen. Dabei wurden 60 Beamte zurückgewiesen, die im Disziplinarwege entlassen werden sollen.

Amerikas Botschafter in Mexiko, Morrow, hat zur allgemeinen Ueberraschung Havana verlassen, wo er nach der Abreise von Coolidge und Kellogg die amerikanische Delegation zusammen mit Hughes führte. Sollte Mexiko doch beabsichtigen, die Uebergriffe des Dollarimperialismus zur Sprache zu bringen und hat etwa Morrow den Auftrag, auf den Präsidenten Colles einzuwirken, damit diese für die USA peinliche und gefährliche Debatte unterbleibe?

Auf Peitoles, den sozialistischen Bürgermeister von Straßburg, schlug ein Kommunist mit seinem Stock ein. Der Attentäter wurde sofort verhaftet.

Deutschnationale für „Gewissensfreiheit“. Stadtverordnetenversammlung zu der Häusereinsturzgefahr in Charlottenburg.

Die Notlage der Bewohner der vom Einsturz bedrohten Häuser in Charlottenburg wurde gestern in der Stadtverordnetenversammlung im Zusammenhang mit mehreren hierzu gestellten Anträgen diskutiert. Das die Stadt diesen Bedrängten ihre Hilfe nicht versagen darf, sollte sich eigentlich von selbst verstehen. In der Begründung eines Antrages der sozialdemokratischen Fraktion warnte Genosse Dr. Kawerau vor der Zuerstfälligkeit, die der Oberbaurat Fischer als Beamter der jetzt städtischen Baupolizei gegenüber der drohenden Gefahr immer noch haben zu dürfen meint. Oberbürgermeister Böß stellte fest, daß zur Zeit des Baues dieser privaten Wohnhäuser die Baupolizei noch nicht städtisch, sondern preussisch war. Zunächst werden für die obdachlos werdenden Familien schleunigst andere Wohnungen beschafft werden. — Den größten Teil der Sitzung nahm die Besprechung von allerlei Beschwerden in Anspruch, die in Anfragen vorgebracht wurden. Die Deutschnationalen eiferten unter anderem gegen eine in Neutölln getroffene Anordnung, daß bei Weihnachtsfeiern in Krankenhäusern kein Geistlicher mitwirken soll, wenn nicht allgemeine Zustimmung vorliegt. Sie spielten sich als Freunde der „Gewissensfreiheit“ auf, die nach ihrer Meinung wohl darin besteht, daß man alle Kranken nötigt, den Pastor mitanzuhören, den einzelne Kranke zu hören wünschen. Dem deutschnationalen Pfarrer Koch, der in dieser Debatte mitwirkte, gaben unsere Genossen Riese, Heilmann und Adolf Hoffmann die verdiente Antwort. Lustig ist, daß der von den Deutschnationalen jetzt so heruntergeputzte kommunistische Stadtrat Schmidske in Neutölln heruntergeputzte kommunistische Stadtrat Schmidske in Neu-

werden können. Nach einer eingehenden Erläuterung unseres Antrages erklärte Genosse Dr. Kawerau, daß es das Beste wäre, den ganzen Häuserblock abzureißen und auf dem Sumpf- und Moorboden Grünflächen zu errichten, der Morast gibt doch keinen brauchbaren und sicheren Baugrund. (Eine Ansicht, die auch im „Vorwärts“ stets vertreten wurde! D. Red.) Mit Befriedigung ist festgestellt worden, daß die Gaswerke die Gaszufuhr in die gefährdeten Häuser abgesperrt haben, so daß wenigstens noch menschlicher Voraussicht eine Explosionsgefahr abgemindert ist.

Jedenfalls ist das mehr als merkwürdige Verhalten des Oberbaurats Fischer noch unter die Lupe zu nehmen;

zur Beruhigung der Bevölkerung hat es jedenfalls nicht beigetragen. Oberbürgermeister Böß gab zu, daß Oberbaurat Fischer eine unmittelsbare Einsturzgefahr nicht feststellte, daß aber darüber hinaus nach einem Obergutachten die Räumung alsbald angeordnet wurde. Wohnungen wurden sofort bereitgestellt, den Ausziehenden wurden nach Bedarf Zuschüsse gewährt. Als die Häuser vor etw. 15 Jahren gebaut wurden, war die Baupolizei preussisch und auch sonst hätte die Gemeinde Charlottenburg keinerlei Einfluß auf die Bebauung des Sumpfgeländes. Was mit den Häusern geschehen wird, muß erst noch eine weitere Untersuchung ergeben. — Die Abstimmung ergab die Annahme aller Anträge.

Zu der von den Sozialdemokraten und den Demokraten eingebrachten Anfragen wegen der ungenügenden Beleuchtung der Verkehrsgehäusen erklärte Stadtbaurat Hahn, daß eine bessere Beleuchtung, die Unfälle nach Möglichkeit auszuschließen geeignet ist, in Ausführung befindlich oder schon durchgeführt ist. — Den Fraktionen der Rechten gab ein

Verbot der Teilnahme von Geistlichen an den Weihnachtsfeiern in den Neutöllner Krankenhäusern

Veranlassung, Jeremiaden über die „Unduldsamkeit des Bezirksamts Neutölln“ bzw. des Stadtrates Dr. Schmidske anzustimmen. Stadtpfarrer Koch (Dnat.) glaubte sogar die Bestimmungen der Verfassung für die (unerbetene) Teilnahme der Geistlichen anzuziehen zu können. Der Stadtmedizinalrat Prof. Dr. von Drogastki erklärte, daß der Magistrat keine Veranlassung zum Einschreiten gehabt habe, umso weniger, als verfassungsmäßig festgelegte Rechte der Staatsbürger nicht verletzt wurden. Der Kommunist Reddich betonte, daß das Verbot durchaus gerechtfertigt sei und daß Krankenhäuser dazu da sind, mit allen modernen Hilfsmitteln Kranke zu heilen. Stadtpf. Lange (Komm.) verlas eine ganze Anzahl Zuspriechen, die, voll des unfähigsten Inhalts, dem Stadtrat Schmidske zugeschickt wurden. Nach der Behauptung des Redners wären diese Briefe von kirchlich-nationalen Leuten geschrieben worden, die auf diese Weise gegen das Verbot des Stadtrates Schmidske protestieren wollten. Stadtpf. Koch (Dnat.) bezeichnete die wiederholten Verbote von Religionsübungen in den Krankenhäusern nunmehr als eine „Angelegenheit, die jetzt auch die Bevölkerung und die Kirche angeht.“ (1) (Gesächter links.) Er meinte, daß sich bei den nächsten Wahlen (hört, hört! links) entscheiden wird, ob das Volk den Kommunisten folgen will oder für materialistische Unduldsamkeit sei! Stadtpf. Koch erklärte, daß in Neutölln weder eine christliche Weihnachtsfeier noch eine Religionsübung verboten wurde, wohl aber eine Vergewaltigung andersdenkender Parteien verhindert.

Unserem Genossen Riese blieb es vorbehalten, die nachsichtigen Ausführungen und Behauptungen richtigzustellen und auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Pfarrer Koch habe bereits mit Bürgermeister Schneider-Neutölln über den Fall gesprochen und er habe sich mit den Erklärungen des Bürgermeisters zufriedengegeben und er habe auch erfahren, was Wahrheit und Dichtung dabei ist. Um so verwunderlicher sei es,

daß Koch heute in der Stadtverordnetenversammlung diese Angelegenheit wieder aufwärme und dieselben als falsch festgestellten Nachrichten nochmals in die Welt setze.

Das Urteil über ein solches Verhalten könne getroßt allen anständig Denkenden überlassen werden. Genosse Heilmann: Die sozialdemokratische Fraktion sieht die Sache durch die Erklärungen des Stadt-

medizinalrates als erledigt an. Im übrigen ist Stadtrat Schmidske-Neutölln, der Kommunist ist, von Kommunisten und Deutschnationalen gemeinsam gewählt worden. Stadtpf. Genosse Koch Hoffmann zeigte an einer Rundgebung der Pfarre der Christengemeinde, wie den Pfaffen die Schäfflein aus der Kirche fernbleiben. Die Kranken in den Krankenhäusern brauchen vor allem Ruhe! Damit war die Anfrage erledigt.

Dann wurde die in der letzten Sitzung vertagte Abstimmung über die die Explosionskatastrophe in der Landsberger Allee betreffenden Anträge vorgenommen. Dabei ergab sich, daß eine ganze Anzahl von Abjähren dieser Anträge überholt war, und daß für eine weitere Anzahl nur die Kommunisten stimmten. — Eine weitere Anfrage der Deutschnationalen beschwert sich wieder einmal über

„Mißbrauch der Schule zu Parteizwecken“.

Im 2. Neutöllner Anzeiger soll eine Feier für Rosa Luxemburg stattgefunden haben, und am schwarzen Brett sollen Anschläge des sozialistischen Schülerbundes angebracht worden sein. Stadtschulrat Knapf erklärte, daß eine solche Feier nicht stattgefunden habe und Anschläge sofort nach Bekanntwerden entfernt worden seien. Die Begründung der Anfrage durch Stadtpf. Seemann-Eggebert (Dnat.), seines Zeichens Studiendirektor, sprach zu allem, nur brachte er nichts zur Begründung der Anfrage vor. Das meinte er sich auch in treffender Weise vom Genossen Dr. Kawerau sagen lassen, der im übrigen den muckrischen Standpunkt seines Vorredners festnagelte und dafür eintrat, daß die Tore der Schulen für alles Neue weit aufgemacht würden. Die Angriffe gegen das Neutöllner Anzeiger erklären sich sehr einfach mit dem Nationalbedürfnis der Deutschnationalen, die gegen die im freihetlichen Geiste geführte Schule heizen, um, kurz vor Beginn der Einschulung, die Bevölkerung graulich zu machen. (Bravo! bei den So.)

Die Rauch- und Rußplage in Treptow.

verursacht durch das Großkraftwerk Ringenberg in Rummelsburg war Gegenstand einer Anfrage der Wirtschaftspartei. Stadtrat Genosse Schilling gab zu, daß eine unangenehme Rußbildung vorliege und daß daran gearbeitet wird, sie zu beseitigen. Genosse Strieder betonte, daß bereits beim Bau des Großkraftwerkes vom Bezirksamt Treptow Bedenken geäußert wurden, und daß die Befürchtungen nun also eingetroffen seien. Abhilfe sei dringend nötig.

Der im „Vorwärts“ bereits gestern mitgeteilte Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wegen der Erhöhung der Eisenbahntarife für Milchtransporte wurde, von allen Parteien unterstützt, angenommen. Unsere Fraktion brachte dann noch folgenden Antrag ein:

„Der Magistrat wird ersucht, mit allem Nachdruck bei den zuständigen preussischen Ministerien vorstellig zu werden, damit die gänzlich unzureichende räumliche Organisation des Berliner Arbeitsgerichts, die die rechtsuchenden Berliner Einwohner schwer behindert und die dort tätigen Angestellten und Beamten gesundheitlich schädigen kann, durchgreifend gebessert wird.“

Die Menschenfallen in Charlottenburg. Sie werden bald geräumt sein!

Der „Vorwärts“ hat in seiner gestrigen Morgennummer nochmals eingehend den unhaltbaren Zustand der Wohnungen im Hause Hebbelstraße 17/18 geschildert. Dem ernstlichen Eingreifen des Polizeipräsidenten, unseres Genossen Jürgeloh, ist es zu danken, daß nunmehr das bedrohte Haus zunächst teilweise, hoffentlich aber ganz geräumt werden kann. Nachdem das Charlottenburger Wohnungsamt nun auch mehrere Wohnungen in Charlottenburg, die durch Todesfall oder andere Umstände frei geworden sind, verfügbar hat, werden im Laufe des heutigen Tages den Mietern des Hauses Hebbelstraße 17/18, die von der Räumungsanordnung des Polizeipräsidenten betroffen werden, sogenannte Beschäftigungsscheine zugestellt werden. Auf Grund dieser Scheine können die Mieter von den vorhandenen Wohnungen eine ihnen zuzugewandte ausziehen. In erster Linie sollen bei dieser Auswahl die Mieter des dritten und vierten Stockwerkes in der Hebbelstraße 17/18 bevorzugt werden, aber auch anderen Bewohnern, die den Wunsch haben, aus dem bedrohten Hause herauszuziehen, soll nach Möglichkeit entgegenkommen werden. Bisher ist es dem Wohnungsamt Charlottenburg gelungen, sieben Wohnungen für die Mieter

Der für das Leben der Bewohner bedrohliche Zustand der Häuser in der Frischestraße in Charlottenburg gab in der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten mehreren Fraktionen Gelegenheit, Anträge einzubringen, die sich mit den Maßnahmen beschäftigten, die nötig sind, um einen

Einsturz der Häuser Frischestraße

und eine Schädigung der Bewohner zu verhüten. Die sozialdemokratische Fraktion hat ihre gestrigen Abend bereits im „Vorwärts“ mitgeteilte Anfrage zurückgezogen und einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der folgenden Wortlaut hat:

Der Magistrat wird ersucht, dem Bezirk Charlottenburg ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um den durch Einsturzgefahr bedrohten Bewohnern (Hebbelstr. 17) wirksame Hilfe leisten zu können.

Gleichzeitig wird der Magistrat ersucht, über die Erhaltung des gesamten bedrohten Häuserblocks der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu machen.

Die Deutschnationalen und die Kommunisten haben ähnliche Anträge eingebracht. Nach einer Begründung der Anträge durch die Städte, Dethleffen (Dnat.) und Replshäger (Komm.) sprach

Genosse Dr. Kawerau

nomens unserer Fraktion. Er betonte, daß die Angriffe gegen den Oberbaurat Fischer, der noch vor kurzer Zeit ein dickes Glasreisen der Bedachten abhielt, doch wohl ihre Berechtigung gehabt haben. Das Bezirksamt Charlottenburg hat schon seit Jahren Maßnahmen zur Sicherung der Häuser ergriffen, aber alle baulichen Mängelveruche haben nicht vermocht, den Verfall der Häuser aufzuhalten. Da die Baupolizei aber ein Wohnverbot nicht erteilt, hätte eine vom Bezirksamt angeordnete Räumung der Häuser den Bewohnern schwere wirtschaftliche Schädigungen gebracht.

Es war daher dringende Zeit, daß ein Räumungsbefehl erfolgte.

Mit größter Beschleunigung ist für die Unterbringung der Ausziehenden gesorgt worden, in den nächsten Wochen werden Neubauwohnungen im Bezirk Charlottenburg fertig, so daß den noch nicht untergebrachten Mietern alsbald ganz neue Wohnungen zugewiesen

Zement. Roman von Fjodor Gladkow.

Neben der Mauer, auf der glatten Fläche lag zwischen Schutt und Wasserpflanzen — die Leiche eines Säuglings. Das Köpfchen war mit einem roten Tuch umwunden, die Füßchen steckten in Strümpfchen, die Händchen waren unsichtbar, waren sorgfältig in ein weißes Leintuch eingewickelt. Die Leiche war frisch und das milchweiße Gesichtchen war ruhig, lebendig, als schlief es. Hier am Ufer war es still und die Wellen strömten vom Sturm getrieben ineinander. Warum wurde diese Säuglingsleiche so sorgsam zwischen die Wasserpflanzen gelegt? Woher ist dieser Säugling mit dem wachsernen-zarten Gesicht? Die warme Mutterhand ist an ihm noch nicht erkaltet: man sieht und fühlt sie überall: in dem Kopftuch, in den zusammengebundenen Händchen, in den winzigen Strümpfchen, die stramm die Beinchen umhüllen. Sergej schaute auf den Leichnam, ohne sich losreißen zu können, und es schien ihm, der Säugling wird jetzt, gleich, die Augen öffnen, wird ihn ansehen und lächeln. Woher dieses Kindchen, das — bis zum schärftsten Schmerz — wie ein Menschenopfer anmutet? Ist es von einem gescheiterten Schiff? Wurde es von einer irrsinnig gewordenen Mutter ins Meer geworfen? ...

Sergej stand und konnte seine Blicke von dem Säugling nicht losreißen. Vorübergehende blieben neugierig neben ihm stehen, sahen die Säuglingsleiche an und gingen rasch weiter. Sie brummten, fragten Sergej etwas, aber er hörte nichts und wußte nicht, wer zu ihm sprach. Er stand und sah ohne Gedanken, schmerzlos, taub, mit einem großen Erschauern und Leid in den Augen die kleine Leiche an und fühlte, wie ein unverständlicher, niederdrückender Schmerz abgrundtief in seinem Herzen tobte. Und er hörte seine eigenen Worte nicht, hörte nicht, wie er laut, ohne Teilnahme seines Bewußtseins zu sich selber sprach: „Run ... ja ... Es muß so sein ... das ist es eben ...“

4. Wellen.

Auf dem aus Eisenstäben durchsichtig gestochenen Turm standen neben Glib Schidli, Badjin, die Mitglieder der

Fabrikleitung und Ingenieur Klaiß. Aber Glib war allein, weil diese unzähligen Menschenmassen dort unten wogten und brodelten und wie Sonnenblumen glühten, dort unten, überall, soweit die Augen sehen konnten. Sie waren dort — und er hier oben.

Hier, an der Spitze des Turmes, brennen in langen Streifen wie Flammen rote Fahnen, flattern nach rechts, nach links. Und der Turm lodert in dem roten Stoff, der durch die Eisenstäbe gezogen ist. Die Fahne der Zelle weht von der Barriere, neben Glib und neigt sich mit den Franzen auf die anderen Fahnen, in die Menschenmassen hinein. Und von der anderen Seite, auf der Badjin und Schidli stehen — sind die Fahnen der Bauarbeitergewerkschaft. Und unter der Barriere wogt in breiten Fluten ein blutrotes Banner, und riesengroße weiße Buchstaben lodern wie Frühling Blumen auf ihm:

Wir haben an der Front des Bürgerkrieges gesiegt, Wir werden auch an der Wirtschaftsfrent siegen!

Köpfe und Schultern wimmeln, wogen, lodern mit roten Tüchern auf, braune und graue Gesichter, Hüte und Mützen, und überall, dort und dort — flattern wie rote Flügel — Plakate. Sie verbeden die Massen, und hinter ihnen weiter — wieder Massen in Bewegung und im Wogen. Ueber dem Abgrund, auf den Felsen — neue Massen und wieder Fahnen und Plakate. Sie wogen wie ein Wasserfall auf den Bergabhängen, höher, immer höher, und auch dort — Fahnen und Plakate — wie roter Rauch. Und man sieht, wie noch immer von unten aus der Schlucht unzählige Menschenmassen heraufströmen. In der Ferne spielt Musik einen Marsch, und hier aus der Tiefe heraufdröhnender Lärm und die Dieselmotore klirren und dröhnen mit ihrem Metall. Man kann den Lärm und das Heulen der Massen nicht von dem Dröhnen der Maschinen unterscheiden. Bronsa hat recht: Maschinen und Menschen — sind eins. Die Massen können nicht schweigen. Massen leben ein anderes Leben als einzelne: sie sind in ständiger gespannter Bewegung und immer zur Explosion bereit.

Der Tag war durchsichtig herbstlich, frisch und herzig, herbstlich nah schienen die Fernen, herbstlich mauffierend und schimmernd die Luft. Glib sah auf die Berge, sah auf den Himmel: dort sang und knatterte ein unsichtbarer Aeroplan

mit seinem Rotor, und seidene Spinnweben schwammen in der Bläue und schimmerten wie perlmuterner Staub.

Glib preßte bis zum Schmerz in die Hände die eisernen Stäbe der Barriere und konnte das erschöpfte Zittern der Beine nicht unterdrücken. Das Herz überströmte von Blut und füllte die ganze Brust, machte ihn fast atemlos. Woher diese ungeheure Menschenmasse? Zwanzigtausend sind bereits versammelt, und immer neue Kolonnen kommen, ohne Ende. Sie erstrecken sich bis zum Berg, sind auf dem Berg, teilen sich auf den braunen Abhängen zwischen Gesträuch und Steinen, ergießen sich in die allgemeine Masse und kriechen immer höher und höher. Man könnte mit dieser Menschenmasse den ganzen Berg bis zum Gipfel bestreuen ...

Dort, nicht weit, rechts hinter dem Turm, ein Regiment Rotarmisten. So stand auch er einmal. Wie lange ist es denn her? Und jetzt ist er hier: in wieder Arbeiter des Wertes, und dazu Führer seiner Wertzelle. Das Wert! Wieviel Kraft wurde da hineingelegt, wie wurde darum gekämpft! Da ist es, das Wert — ein Riese, schön und blendend. Unlängst noch war es tot, eine Ruine, ein Rattenest. Und jetzt dröhnen die Dieselmotore, klingen die Drähte, von elektrischer Kraft geladen, und die Rollen des Bremsorges und die Laufförde singen. Und morgen wird die gigantische Zisterne des rotierenden Ofens zum ersten Male aufheulen und sich zu drehen beginnen, und aus diesem gigantischen Schlot dort werden sich graue Wolken von Dampf und Staub herauswälzen.

Ist das alles denn nicht wert, daß diese zahllosen Menschenmassen kommen, um sich zu freuen über diesen großen Sieg? Er ... was ist er, Glib, in diesem Meer von Menschen ... Kein Meer ist das, es ist ein lebendiger Berg. Steine, die durch Menschen lebendig geworden sind ... Was für eine gewaltige Kraft! ... Es sind dieselben, die mit Spaten und Erdhacken und Hämmer die Berge für den Bremsberg durchschnitten haben. Im Frühling war es, an einem ebenso durchsichtig-sonnigen Tage. Das erste Blut wurde damals vergossen, jetzt ist die Stadt mit Holz versorgt, und alles ist bereit, um das Wert in Gang zu setzen. Wieviel Blut ist in dieser gewaltigen Armee der Arbeit. Dieses Blut wird für lange reichen! Der Bremsberg arbeitet, Dampfmaschinen werden zu rauschen beginnen. Gibt es nicht genügend Bergströme, um Turbinen zu errichten? (Fortsetzung folgt.)

Konsummitglieder! Wahl Sonntag, den 22. Jan., Genossenschaftsaufbau! von 9 bis 13 Uhr die Liste

des gefährdeten Häuserblocks zu beschaffen und durch Verhandlungen mit den anderen Wohnungsämtern soll versucht werden, auch in anderen Stadtteilen Berlins Räumlichkeiten frei zu machen. Sobald die Mieter ihre Entscheidung über die Auswahl der verfügbaren Erholungswohnungen getroffen haben werden, wird die polizeiliche Räumung zur Durchführung gelangen. Bei dem Umzug soll minderbemittelten Mietern auch von der Stadt in finanzieller Beziehung Unterstützung zuteil werden.

Der Mord im Borortzug. Lokaltermin im Eisenbahnwagen.

Gestern nachmittag fand um 1 Uhr auf dem Abstellbahnhof Brunenwald der Lokaltermin wegen der Ermordung der Dora Perske statt. Der Verbrecher Horst Kriebach war mit Handfesseln, begleitet von zwei Kriminalbeamten, in einem Polizeiauto aus dem Stadtvoigteigefängnis hinausgebracht worden. Reichsbahnobersprekter Feld nahm die Gerichtskommission in Empfang und führte sie zu dem Eisenbahnwagen 2. Klasse, der sichergestellt worden ist. Die beiden in Frage kommenden Abteile zeigen noch die Spuren der Tat. Die Polster, die Wände über den Polstern und die Fenster sind mit Blutspuren bedeckt. In dem einen Abteil sind mehrere große getrocknete Blutlachen vorhanden. Die Stelle, an der die schwerverletzte Dora Perske in beamteten Zustand mit geschwundenem Schädel aufgefunden wurde, war durch Kreidestrichen gekennzeichnet.

Horst Kriebach blieb an dem Ort seiner schweren Bluttat völlig unbewegt. Er ist erst 20 Jahre alt und macht einen sehr unwilligen Eindruck. Dem schlaffen, blondblonden jungen Mann mit nicht unympathischen Zügen würde niemand eine so schwere Tat zutrauen. In voller Ruhe schilderte er in allen Einzelheiten, wie sich die Tat abgespielt hatte. Kriminalassistent Wermke mußte sich auf den Platz setzen, den Dora Perske innegehabt hatte, und Horst Kriebach setzte sich ihm gegenüber auf den anderen Fensterplatz. Er bekam dann, nachdem er entleert worden war, das Wordinstrument, die scharfkantige Eisenklinge, in die Hand und mußte normaden, wie er den ersten Schlag ausgeführt hatte. Dabei wies er den Beamten an, daß er den Kopf etwas mehr herunterbewegen müsse. Dieser Schlag hatte sein Opfer auf die linke Kopfseite getroffen und den Hut durchschlagen. Kriebach machte dem Untersuchungsrichter auch vor, wie Dora Perske lebendiglich die Hände hochgehoben habe. Da sie fürchterlich lachte, habe er sich veranlaßt gesehen, nochmals zuzuschlagen. Sie sprang dann auf und stieß in das Nebenabteil. Auf eine Frage von Rechtsanwalt Dr. Mendel erklärte Kriebach, daß er nicht den Eindruck gehabt habe, als ob das Mädchen in dem Nebenabteil die Notbremse ziehen wollte. Sie hätte die Notbremse auch gar nicht erreichen können, da sie zu hoch an der Decke angebracht sei. Als Kriebach seinem Opfer nachstellte, habe er, um sie zum Schweigen zu bringen, so lange auf sie eingeschlagen, bis sie zu Boden fiel. Vorher habe Dora Perske ihn noch einmal mit erhobenen Händen gebeten, ihr Leben zu schonen. Er habe aber blindlings darauf losgeschlagen, bis sie still und leblos am Boden lag, denn er habe verhindern wollen, daß er durch ihr Schreien verraten werde. Beim Verlassen des Wagens auf dem Bahnhof Friedhofshagen habe er noch nicht das Bewußtsein gehabt, daß er sein Opfer getötet habe. Der Gegenzug nach Berlin, in dem er wieder ein leeres Abteil aufgesucht hatte, hatte noch 10 Minuten bis zur Abfahrt gedauert. — Von der Wacht an Ort und Stelle ein Gerichtsprotokoll über die erste richterliche Vernehmung des Raubmörders behauptigen Horst Kriebach vorzunehmen, nahm Untersuchungsrichter Dr. Birnbach, der zu diesem Zweck die Protokollführerin mitgebracht hatte, wegen der ungünstigen Schreibgelegenheit Wstard. Kriebach wurde wieder gefesselt und unter starker Bewachung im Auto nach dem Kriminalgericht in Moabit gebracht, dort wurde das Protokoll aufgenommen. Alsdann wurde Kriebach in das Untersuchungsgefängnis Moabit als Untersuchungsgefangener eingeliefert.

Besuch in der Neuföllner Aufbauschule.

Gestern früh erschien der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. Becker und der Oberbürgermeister Böhm in Neufölln, um das Kaiser-Friedrich-Konvaleszenzhaus und insbesondere die diesem angegliederte Aufbauschule und die Arbeiterkurse zu besuchen. Die Herren besichtigten durchweg eine Ausstellung von Schülerarbeiten und ließen sich dabei die von Stadtbaurat Laut entworfenen Pläne des in Aussicht genommenen Neubaus für die neue Schule am Dammege erklären. Die Volks- und höhere Schule ist eine organische Zusammenarbeit der beiden und vom Kindergarten bis zur Hochschulreife ein 15 Lebensjahre umspannendes Beobachtungsfeld darstellen wird. Die Gänge beinhalten lebhaftes Interesse an der Neuartigkeit sowohl der Organisation wie des Entwurfs, der einen harmonisch geschilderten Nachbau vorstellt. Der Minister wohnte dem Unterricht vier Stunden lang bei. In der abschließenden Schulgemeinde, zu der sich die Gäste mit den Lehrern und Schülern in der in den Reichsarchiven geschmückten Aula versammelten, wurde der Minister festlich mit Orchestermusik und Chorgesang und Ansprachen zweier Schülervertreter begrüßt. Hier trat die in jahrelanger Kleinarbeit aufgebaute Selbstverwaltung dieser fast ganz von Kindern des Proletariats besuchten Aufbauschule in Erscheinung. Der Minister dankte den beteiligten Schülern, den Lehrern und dem Leiter der Anstalt Genossen Dr. Karlen sowie den anwesenden Vertretern der Stadt Städtischer Genossen Andahl, Bürgermeister Genossen Scholz und Stadtrat Genossen Dr. Löwenstein, denen er sein lebhaftes Interesse an diesem von der Stadt so weitgehend geförderten Schulerfolg aus sprach. Er betonte, er habe eine Fülle erfreulicher Eindrücke gewonnen und sprach die Hoffnung aus, daß das Unterrichten in dem neuen Hause am Dammege sich fruchtbar entwickeln möge.

Er schloß mit persönlichen Worten der Anerkennung an einzelne Schüler, denen er wertvolle Bücher als Erinnerung an diesen Besuch zum Geschenk machte.

Wieder Selbstmordversuch eines Jugendlichen.

Gestern nachmittag versuchte sich der 17jährige Lehrling Sieghart E. in der esterlichen Wohnung, Greifstr. 17, zu Pantow, durch Leuchtgas zu vergiften. Als die Eltern gegen 19 Uhr heimkehrten, fanden sie den jungen Mann in der völlig mit Gas erfüllten Küche leblos am Boden liegend auf. Sämtliche Gashähne waren geöffnet. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr und des Arztes der nächsten Rettungsstelle waren von Erfolg. Was den jungen Mann zu dem Vergiftungsversuch getrieben hat, ist noch unbekannt. — Wegen Arbeitslosigkeit vergiftete sich der 27jährige Arbeiter Paul Meike in der Küche seiner Wohnung in der Sonntagstr. 10 zu Lichtenberg durch Leuchtgas. Seine Leiche wurde beschlagnahmt. — Im Totentempel der Apotheke des Urbantraankenhauses wurde gestern nachmittag der dort beschäftigte 27jährige Apotheker Karl Bilow tot aufgefunden. B. hatte ein noch unbekanntes Gift zu sich genommen. Das Motiv zur Tat ist unbekannt. — In ihrer Wohnung, Tilsiter Straße 36, wurde

gestern abend die 72jährige Witwe Luise n. Bronzinski tot aufgefunden. Nach den polizeilichen Feststellungen liegt unzweifelhaft Selbstmord vor.

Bildtelegraphie und Polizei.

In 2 1/2 Minuten ist ein Steckbrief an allen Grenzen!

Vor wenigen Wochen wurde die telegraphische Bildübertragung nach dem System Telefunken-Karolus aufgenommen. Es hatte den Anschein, als ob dieses System in Deutschland als das einzige siegreich durchsehen sollte. Inzwischen aber wurde im Auftrage des preussischen Ministeriums des Innern und der preussischen Polizei bei der Firma C. Lorenz & Co. Berlin-Tempelhof das System des Pioniers auf dem Gebiete der Funktelegraphie, Prof. Korn, zu einem durchaus leistungsfähigen, sicher arbeitenden und sehr einfachen Gerät entwickelt.

Wie beim System Telefunken arbeitet der Bildsender unter Vermittlung einer Photozelle, auf der Empfangsseite wird dagegen an Stelle der Karolus-Kerr-Zelle ein Saitengalvanometer benutzt, das ist ein zwischen die Pole eines Magneten gespanntes Metallbändchen, das im Rhythmus der telegraphierten Lichtschwankungen schwingt und dabei auf einen Spalt Schatten wirft, durch die ein photographisches Papier entsprechend belichtet wird. Empfangs- und Sendegerät bedienen sich im übrigen der schon allgemein bekannten Sende- und Empfangsstromkreise, die sich drehen und gleichzeitig seitlich verschieben. Die Einzelheiten des nunmehr durchgeführten Systems Lorenz-Korn werden in einer der nächsten technischen Beilagen des „Vorwärts“ dargestellt werden.

Gestern fand ein Empfang bei der Lorenz-Korn in Tempelhof statt, zu der außer den Vertretern der Presse auch der preussische Innenminister Genosse Grzesinski und Polizeipräsident Genosse Jörgelbeil sowie Vertreter des Landtages und der Behörden teilnahmen. Man besichtigte die Sendeeinrichtung in Tempelhof und fuhr dann nach Zossen hinaus, um im dortigen Versuchslaboratorium dem Empfang der drahtlosen Bilder beizuwohnen. Die Übertragungsgeschwindigkeit infolge der Verwendung von Hochfrequenzwellen auf 2 1/2 Minuten herabgedrückt. Die übertragenen Bilder — u. a. ein Steckbrief mit Fingerabdruck — zeigten große Schärfe. Sie genügen den praktischen Anforderungen der Behörden vollkommen. Im Anschluß an die Vorführung hielt Oberregierungsrat Betsch, der Leiter der Polizeischule für Verkehr und Technik, einen Vortrag, in dem er auf das Bestreben der Polizei hinwies, moderne Technik in ihren Dienst zu stellen. Interessant waren insbesondere die Ausführungen über das Kraftfahrzeugwesen, aus denen hervorging, daß die preussische Polizei wesentlich billiger arbeitet als die Polizeiverwaltungen anderer Länder und trotz der geringeren Mittel zu den gleichen Ergebnissen kommt. Nach und nach wird man 112 Polizeifunktionen mit dem neuen Bildübertragungsgerät ausstatten, so daß z. B. jeder Steckbrief 2 1/2 Minuten nach dem Sendebeginn allen in Frage kommenden Polizeistationen, insbesondere auch denen an der Grenze, bekannt ist. Genosse Grzesinski wies in einer ausgezeichneten Ansprache auf die Notwendigkeit hin, die Technik in den Dienst der Polizei zu stellen. Er dankte insbesondere dem Erfinder des von der Polizei übernommenen Bildtelegraphiesystems, Prof. Korn und seinen Mitarbeitern, für ihre Leistungen. Fröhliche Zustimmung rief es hervor, als der Oberstadtschreiber von Zossen an Stelle des verhinderten Bürgermeisters betrat, um dem zum erstenmal in diesem Städtchen wohnenden Minister Grzesinski zu begrüßen. Für uns Sozialisten hatte dieses Zwischenstück einen bitteren Belegcharakter; die Zeit ist noch nicht so lange verflissen, als man uns in dieser Gegend mit Hund und Peitschen von den Höfen jagte — in manchen Gegenden geschieht das auch heute noch. Wir sind erst am Anfang einer Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse, und gesellschaftliche Revolutionen sind schwerer durchzuführen als technische. . .

Verurteilung im Kunert-Prozess.

Der Bankier Max Kunert hat durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Serini, die Verurteilung gegen das Urteil vom 16. Januar eingeleitet, sowie die Aufhebung des Haftbefehls und die Rückgabe der Sicherheitsleistung erreicht. Gegen eine Reihe von Zeugen ist wegen verschiedener Handlungen Strafanzeige erstattet. Die Durchführung dieses Strafprozesses wird daher noch weitere Kreise ziehen.

In einer Autodroschke verübte gestern gegen 16 Uhr ein etwa 50jähriger unbekannter Mann Selbstmord durch Erschießen. Der Mann nahm an der Potsdamer Brücke eine Autodroschke und bat den Chauffeur, ihn nach dem Polizeipräsidium zu fahren. Kurz vor dem Alexanderplatz sagte sich der Fahrgast eine Kugel in die rechte Schläfenkante, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Da der Selbstmörder keine Papiere bei sich führte, war es bisher noch nicht möglich, seine Personaffen festzustellen.

Nachzucht im Aquarium. Alessi Rachmuchs ist zurzeit im Berliner Aquarium zu sehen, so unter anderen 10 Abgottschlangen, die von Constrictor, im Gewicht von je etwa 55 Gramm und 55 Zentimeter Länge. Diese Tiere sind, das ist ein äußerst seltener Fall, hier gezüchtet worden, das heißt, die Eltern haben sich im Aquarium gepaart. Ebenso sind junge Goldnattern vorhanden, die nicht, wie die Abgottschlangen, ihren Eltern gleichen, sondern wesentlich anders aussehen. Eine reiche Nachzucht findet man bei vielen tropischen Reptilien, sogenannten Sierischen. Die werden ja bekanntlich selbst von Liebhabern mit gutem Erfolg gezüchtet. Es hat sich sogar eine Art Zuchttechnik herausgebildet und weil der Privatmann nicht gerne im Winter Nachzucht hat, da es dann an Futtermangel, trennt er rechtzeitig die Paare oder hält

sie kühl. Im Aquarium vermehren sich von den Meerestieren die winzigen Schwämme reichlich, namentlich so lange man sie mit Wasserflößen füttern kann. Ebenso haben sich die Seeanellen und andere Aktinien ausgezeichnet vermehrt. Die heimischen Süßwasserflöhe hingegen vermehren sich fast gar nicht, höchstwahrscheinlich darum nicht, weil im Aquarium das Wasser während des ganzen Jahres gleichmäßig warm ist. Im Insektorium ist Nachzucht bei ganz bestimmten Gruppen sehr regelmäßig und häufig, so sind die „Bandeleden Blätter“ und verschiedene große und kleine Stachelhäuterarten meist in allen Größen und zum Teil zu Hunderten vorhanden. Doch müssen zu ihrer Ernährung 100 Eichen in Blumentöpfen vom Herbst ab im Warmhause treiben, damit stets frisches Eichenlaub vorhanden ist.

Dewolf-van Kempen Sieger in Dorimund! Vor Rausch-Hürigen.

1. Dewolf-van Kempen 471 Punkte, 2. Rausch-Hürigen 38 Punkte, 1. Runde zurück: 3. Binari-Binda 536 Punkte, 4. Ehmer-Kroschel 426 Punkte, 5. Dederichs-Knappe 414 Punkte, 6. Lonani-Lorenz 359 Punkte, 7. Rischl-Suter 331 Punkte, 8. Kroll-Rieche 177 Punkte; zurückgelegt wurden 3594,100 Kilometer.

Schwarzrotgold im Autopost. Gestern abend fand im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses die 1. Hauptversammlung des Deutschen Automobil-Clubs statt. Der Club ist auf republikanischer Grundlage aufgebaut und will den Reichsflaggen auch in der Sportbewegung die nötige Achtung verschaffen. Zum Präsidenten des D.A.C. wurde Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt, Berlin, gewählt. Ueber den Verlauf der Gründungsversammlung werden wir im heutigen Abendblatt ausführlich berichten.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der größte Zusammenschluß der deutschgesinnten Juden, hält in Berlin am 11., 12. und 13. Februar im Reichsopera-Theater seine diesjährige Hauptversammlung ab, zu der aus allen Teilen des Reiches über 400 Vertreter erwartet werden. Aus Anlaß der Tagung wird am Sonntag, dem 12. Februar, vormittags, im Capitol eine öffentliche Kundgebung „Lebensfragen des deutschen Judentums“ unter künstlerischer Leitung von Professor Leopold Jessner stattfinden.

Volkskino-Veranstaltung. Alle Anforderungen, die man an eine moderne und umfollende Künsterdarstellung stellen kann, erfüllt in vollstem Maße die Volkskino-Veranstaltung. Sie führt in ihrer neuen Nummer, die jetzt in der Jugendbibliothek Lichterberg, Volkstr. 779, läuft, Aufnahmen von dem Tanebrot des Bekräftigungsdienstes in München, einer Produktion der Arbeiterkino-Gesellschaft, Bildern von der furchtbaren Ueberflutungsgefahr in Venlo, von dem großen Schneesturm über New York; ferner zeigt sie keine Kleinbildfilme, keine Kinetographen, Aufnahmen aus einer amerikanischen Boghschule und vieles andere.

Belehrungsausschuss Groß-Berlin. Nächste Theaterverteilung am Sonntag, dem 5. Februar, nachmittags pünktlich 8 Uhr, im Staatlichen Schillertheater Charlottenburg. Aufgeführt werden diesmal zwei Einakter, und zwar „Die Geschwister“, Schauspiel von Goethe, und „Der verbrannte Krug“, Lustspiel von Heinrich Heine. Preis der Karte einschließlich Garberode und Theatersteuer 1,20 M. Zu haben im Bureau des Bezirksausbildungsausschusses, Lindenstr. 8, Post 11, Zimmer 8; Buchhandlung Bernwardt, Lindenstr. 2; Sigarengeschäft Gortz, Engelstr. 24/25; Tabakvertrieb G.P.S., Poststr. 8; Verlag der graphischen Mitarbeiter, Mittelstr. 1; bei den Bildungsstellen des Bezirkes und -abteilungen; in den Bezirksbibliotheken. — Broctarische Preisleistungen: in den Sonntagsmorgens, am 12. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Gymnasium Charlottenburg, 60. Nebenstag der Broctarrevolution. Karten zum Preis von 1 M. sind ab kommenden Mittwoch in obigen Verkaufsstellen zu haben. — Sternmarke Kredit. Karten zum Preis von 50 Pf. (gültig für alle Klasse) im Bureau des Bezirksausbildungsausschusses, Lindenstraße 8, 2. Post 11, Zimmer 8.

Jugendweibe in Tellow. Das Gewerkschaftsmitglied Tellow veranlaßt auch in diesem Jahre eine Jugendweibe. Anmeldungen nimmt entgegen August Böcker, Tellow, Lichterberg Str. 4, Alois Schopper, Ober Steinweg 14, Stahnsdorf, Franz Fischer, Köhlenstr. 25.

Starke Schneefälle im Schwarzwald. Gestern früh sind über dem ganzen Schwarzwald starke Schneefälle, die ununterbrochen anhalten, eingetreten. Nach Angabe des Observatoriums auf dem Feldberg ist mit einer Schneehöhe des fröhlichen Schneefalles zu rechnen. Die Schneehöhe beträgt auf dem Feldberggipfel 15 bis 20 Zentimeter.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Abendung der Parteigemeinde heute, Freitag, zwischen 17 und 19 Uhr.

Heute, Freitag, 19 1/2 Uhr:

- Recht 1: Schule Wilmersdorf, 30. „Empfindung des Verlehrs.“
- Recht 2: Heim Lehrer Str. 15-19. „Unfere Klüß und Landbewegung.“
- Recht 3: Heim Damsgr. Str. 62. „Karl Marx und Friedrich Engels.“
- Recht 4: Heim Vorstr. 24. „Stichtilber: Das Sternjahr 1848.“
- Recht 5: Heim Landwehrstr. 20. „Gemeinschaftsbewegung.“
- Recht 6: Heim Landwehrstr. 41-43. „Der Jugendklub im Reich.“
- Recht 7: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“
- Recht 8: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“
- Recht 9: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“
- Recht 10: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“
- Recht 11: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“
- Recht 12: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“
- Recht 13: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“
- Recht 14: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“
- Recht 15: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“
- Recht 16: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“
- Recht 17: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“
- Recht 18: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“
- Recht 19: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“
- Recht 20: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“

Recht 21: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“

Recht 22: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“

Recht 23: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“

Recht 24: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“

Recht 25: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“

Recht 26: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“

Recht 27: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“

Recht 28: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“

Recht 29: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“

Recht 30: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“

Recht 31: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“

Recht 32: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“

Recht 33: Heim Landwehrstr. 41. „Berufsausschüsse.“



Kus der Staatsoper am Platz der Republik wurde Verdis „Macht des Schicksals“ übertragen. Der große Stil der Verdischen Oper bewährt sich im Rundfunk stets. Die Darbietung war außerordentlich gut gelungen. Stimmlich kam neben Frida Leider und Tino Pattiera vor allem Heinrich Schlusnus zur Geltung, dessen etwas fähle, aber glänzende und hoch kultivierte Stimme im Rundfunkempfang fast noch besser erscheint als beim unmittelbaren Hören. Im Nachmittagskonzert sang Konrad Lewandowski Lieder von Richard Strauß mit ansprechendem Vortrag. Johannes Strauß, der ihn begleitete, zeigte in eigenen pianistischen Darbietungen mit Werken von Brahms und Beethoven lebendiges künstlerisches Empfinden. — Professor Dr. Berg von der Geologischen Landesanstalt Berlin begann einen Vortus „Die Bodenschätze Deutschlands“ mit einem Ueberblick über die Fundstätten von Erzen in Deutschland. Es ist an sich erfreulich, wenn durch derartige Vortragsformen einige gründlichere Kenntnis unseres Landes verbreitet wird. Leider gab der Vortragende nur eine Art Aufzählung der Fundorte und ihrer Ergiebigkeit. Eine eingehende Darlegung über die geologischen Zusammenhänge wäre gewiß vielen Hörern erwünscht gewesen.

Briefkasten der Redaktion.

Ordn. 27. 1. können wie von hieraus nicht beurteilen. Wenn Sie erst. Eintrag ein. 2. Straßenschilder sind die Erben. 3. 2. vom Toten. 4. Die 7. Gegen Sie ist mit dem Finanzamt in Verbindung. Die einzelnen in Frage kommenden Postämter können wir mit Rücksicht auf ihren erheblichen Umfang im Briefkasten nicht auflisten. 5. 5000 M. — Vater M. 1. Die Anmeldung muß schriftlich erfolgen. Außerdem ist eine Gebühr von 2 M. zu entrichten. 2. Wenn Sie sich an einen Patentanwalt oder selbst Sie die einschlägige Literatur in der Bücher der Patentämter nach. — D. R. M. 1. Sie ist, aber mit Rücksicht auf das Einkommen sehr zweifelhaft. — D. G. Reut. 1. und 2. Die Entwertung erfolgt dadurch, daß an der Karte ihr letzter Wertungsbezug schriftlich oder mit einem Stempel verändert wird. Ferner ist der Wertungsbezug mit dem Juli 1. Der Monat darf in diesen Umständen wechseln. Im übrigen wollen Sie sich an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, Poststr. 2, wenden. 2. Zweifelhaft. Die Angaben zum Abzug nicht. — R. R. 168. 1. Nicht bekannt. 2. Unbekannt. 3. Einmal ein 2. Band gratis, legt aber abhandelt in „Der Bekanntheit von Pölsch“. 4. Die Bescheid durch die Buchhandlung J. B. Metz, Berlin SW 11, 68, Lindenstr. 3. — R. R. 4. 26. April 1925. — R. R. 20. 5. 1. Die Pölsch-Veröffentlichung sind uns nicht bekannt. Wenn Sie sich an den Urnamt unter Ihrer Pölschstraße oder an Ihre Organisations- — R. R. 2. 1. Geben Sie gleich, 20000 M. 2. Automobilversicherung 6. 20000 M. 3. 120000 M. 4. 12000 M. 4. Reint. 5. Nicht bekannt. 6. Reint. (Abrechnungsausschuss) (siehe).

Kriminalistische Experimente im Palmen-Tempel. Aufschluß über die Vernehmung des Kriminalpolizei-„Schöpper“ wird als ein Resultat im Anknüpfungspunkt der Experimente des Prof. Dr. Pölsch am 19. März im Palmen-Tempel (Kriminal-Polizei-Experimente mit dem Kriminalpolizei-„Schöpper“ aus dem Beobachtungsraum des Prof. Dr. Pölsch) veröffentlicht. Die bei der Vernehmung des verdächtigten Kriminalpolizei-„Schöpper“ wieder veröffentlicht hat in einer neuen Weise angeregt.



STADT DES VORWÄRTS

BEILAGE

Berlins Krematorien.

Sie sind nicht überlastet!

In den letzten Tagen ist sowohl vom „Vorwärts“ wie auch von den übrigen Tageszeitungen wiederholt über die Leichenverbrennung im Krematorium Wilmersdorf berichtet worden. Es ist hierbei zum Teil die Vermutung ausgesprochen worden, daß die Organisation der Verwaltung der Berliner Krematorien mangelhaft sei und die Feuerbestattungsanlagen selbst infolge allzu hoher Inanspruchnahme überlastet wären. Zur Klärung dieser irigen Auffassung wird uns von zuständiger Seite folgendes berichtet:

Das Krematorium in der Gerichtstraße wurde im Jahre 1912 eröffnet, hat zurzeit drei Verbrennungsöfen, zwei Hallen zur Abhaltung von Trauerfeiern und eine genügende Anzahl von Einzelkammern sowie verschließbaren Kellertäumen zur Aufbewahrung der Leichen. Die Feuerbestattungsanlage Treptow wurde im Jahre 1913 eröffnet, verschiedentlich erweitert und hat ebenfalls drei Verbrennungsöfen mit den erforderlichen Nebengeräten. Das 3. städtische Krematorium an der Berliner Straße in Wilmersdorf wurde im Jahre 1922 in Betrieb genommen und hat außer zwei Verbrennungsöfen auch die notwendigen Nebengeräte.

In diesen drei Krematorien ist es technisch möglich, jährlich folgende Höchstleistungen an Einäscherungen zu erreichen:

Gerichtstraße	14 000
Treptow	12 500
Wilmersdorf	6 500
zusammen	33 000

Feuerbestattet wurden in den Jahren 1925—1927 aber nur:

	1925	1926	1927
Gerichtstraße	5 718	5 751	6 125
Treptow	3 527	3 600	4 020
Wilmersdorf	3 508	3 253	3 705
zusammen	12 753	12 604	13 850

Aus dieser Aufstellung ist zu ersehen, daß die Berliner Krematorien zurzeit durchschnittlich nur etwa 50 Proz. abgenutzt werden und keine Überlastung eines Krematoriums vorliegt. Die Feuerbestattung sowohl wie die Erdbestattung sollen nicht vor Ablauf von 72 Stunden nach Eintritt des Todes erfolgen. Diese drei Tage werden auch von den Angehörigen benötigt zur Anmeldung des Todesfalles, zur Beschaffung der Papiere, des Sarges, Ueberführung der Leiche nach dem Krematorium, Benachrichtigung der Angehörigen und zur Erleichterung sonstiger Vorkommnisse. Aus diesem Grunde verziehen sich immer vier Tage, bevor die Trauerfeier erfolgen kann, an die sich die Verbrennung am nächsten Tage anschließt. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß zur Verbrennung freigegebene Leichen

auch nur noch einen Tag lang nach der erfolgten Trauerfeier im Krematorium verbleiben. Eine Ausnahme hiervon machen selbstverständlich „beschlagnahmte“ Leichen. Hier darf die Einäscherung erst stattfinden, nachdem die Staatsanwaltschaft die Leiche freigegeben hat. Bis zu einer halben Stunde vor Beginn der Feuer ist den Angehörigen die Besichtigung der Leiche gestattet. Die Hinterbliebenen oder zwei von ihnen der Krematoriumsverwaltung bezeichnete Personen dürfen bei der Einführung des Sarges in den Ofen zugegen sein. Es liegt durchaus im Interesse der Stadt, daß von diesem Recht recht häufig Gebrauch gemacht wird.

Die Verbrennungen selbst erfolgen unter dauernder Kontrolle der Heizer durch den Leiter der Feuerbestattungsanlage. Die Öfen haben eine Temperatur von 1000 bis 1100° C. Da bei dieser Hitze Goldfäden in den üblichen Legierungen sich verflüchtigen, fallen sie zum Teil in Form von Tröpfchen mit einem Durchmesser von Bruchteilen eines Millimeters in die Asche, setzen sich zum anderen Teil innerhalb des Ofens fest und verflüchtigen auch noch zu einem gewissen Teil. Die chemischen Untersuchungen haben ergeben, daß die Leichen Goldfäden mit einer dunklen Drogenschicht überzogen und infolge ihres veränderten Aussehens sowie ihrer Kleinheit nur nach auf chemischem Wege nachweisbar sind. Sämtliche Aschenüberreste werden in eine Aschenkapsel getan und diese selbst mit einem das Rationale des Verstorbenen enthaltenden tupfernen Verschlußdeckel durch Verlöten gesichert. Auf jeden Sarg wird ein unzerstörbares Chammittelchen mit eingepprägter Nummer gesetzt. Diese stimmt in jedem Fall mit der laufenden Nummer des Registers über die im Krematorium vorgenommenen Einäscherungen überein. Eine Verwechslung der Leichen bzw. der Aschen ist hierdurch vollkommen ausgeschlossen. Kränze und Blumen werden nach der Trauerfeier in einem besonderen Ofen verbrannt; Kränze werden jedoch den Angehörigen auf Wunsch ausgehändigt. Die in allen Krematorien auszuübende strenge Kontrolle macht es unmöglich, daß irgendwelche Gegenstände ohne Zustimmung der Krematoriumsleitung entfernt werden.

Die von der Verwaltung auf Grund des Feuerbestattungsgesetzes zu führenden Register werden alljährlich vom Polizeipräsidenten einer genauen Kontrolle unterzogen und haben bisher noch nie Veranlassung zur Beanstandung gegeben.

Die beiden Heizer des Krematoriums Wilmersdorf, die unter dem Verdacht, die Leiche des Gastwirts Wintler geraubt zu haben, verhaftet wurden, sind am Donnerstag auf Antrag ihres Verteidigers aus der Haft entlassen worden. Die Staatsanwaltschaft scheint sich davon überzeugt zu haben, daß die Verdachtsmomente nicht ausreichen, um eine Haft zu rechtfertigen. Das Rätsel der Vorgänge im Wilmersdorfer Krematorium bleibt also immer noch ungeklärt.

Die Berliner Kohlennot.

Eine Erklärung und eine Erweiterung.

Der Verein der Kohlenhändler im Westen Groß-Berlins u. B. schreibt uns zur Kohlennot: „Auch in nächster Zeit scheint man die seit November in Berlin herrschende Not in Braunkohlenbriketts nicht beheben zu können. Wir halten es deshalb für notwendig, einmal auf die Ursachen dieser Knappheit hinzuweisen. Die strengere Kälte im Vergleich zu den Vorjahren ist nicht als alleinige Ursache zu betrachten. In diesem Jahre wäre es vielmehr auch ohne die Kälte zu einer Kohlennot gekommen. Dem Grund ist es im verflochtenen Jahr scheinbar gelungen, die Lieferungen nach dem Ausland und den von englischer, schlesischer und böhmischer Steinfaßle unstrittenen Gebieten erheblich zu vergrößern, denn es hat im Sommer die gesamte Produktion abgehen können, ohne daß nennenswerte Bestände auf Stapel genommen worden sind. Der Verbrauch an Braunkohlenbriketts ist aber im Winter auf der ganzen Linie größer. Es mußte demnach für das Syndikat vorausgesehen sein, daß es in diesem Winter der Versorgung nicht mehr gerecht werden kann. Es hätte die erhöhten Aufträge nach obigen Gebieten nur annehmen dürfen, wenn es auch die Produktion von Briketts in gleichem Maße erhöht hätte; das scheint nicht der Fall gewesen zu sein, und hier dürfte die Hauptursache der Kohlennot liegen. Es muß auch für ein Syndikat der Grundlag gelten, nicht mehr zu verkaufen, als vorhanden bzw. es in der Lage ist zu produzieren. Das Berlin anbelangt, so mußte in diesem Jahre infolge der Frühjahrskälte, des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs, des Neubaus von Wohnungen, des Anstiegs der Haushaltsziffern usw. mit einem erheblichen Mehrverbrauch gegenüber den Vorjahren gerechnet werden. Die größten Mengen sind bis Oktober auch abgenommen und geliefert worden. Im November kam jedoch für Berlin ein Lieferungsaustritt gegenüber dem Vorjahr von etwa 5000 Waggons à 400 Zentner, und damit war die Brikettknappheit da. Die bei den Berliner Kohlenhändlern im letzten Sommer für den Winter aufgespeicherten Mengen dürften nicht kleiner gewesen sein, trotzdem in den Vorjahren bei den Kohlenhändlern die für den Winter aufgespeicherten Mengen nicht immer abgelehrt werden konnten. Die Verbraucher haben im letzten Sommer trotz der niedrigen Sommerpreise von einer Bevorratung für den Winter zu wenig Gebrauch gemacht. Demzufolge ist zu raten, daß im nächsten Sommer jeder Verbraucher sich in gewissem Umfang mit Briketts eindeckt. Jeder Händler muß wiederum soviel als möglich auf Lager nehmen. Und das Syndikat darf nach dem Ausland und den unstrittenen Gebieten nur soviel verkaufen, als es imstande ist mehr zu produzieren, als die anderen einheimischen Gebiete benötigen.“

Das Ostelbische Braunkohlensyndikat gibt auf unsere Anfrage eine andere Darstellung als der Verein der Kohlenhändler. Nach dieser Darstellung war die Zufuhr an Briketts im Jahre 1926 erheblich größer als 1925. Bis zum Dezember 1926 waren 90 000 Tonnen Briketts mehr nach Berlin gekommen. Der Verbrauch der Haushaltungen und der Industrie ist im letzten Jahre gestiegen. Die Industrie hat 20 Proz. mehr verbraucht als 1925. Der Ausfall im November 1925 betrug insgesamt 320 000 Tonnen. Berlin hat 60 000 Tonnen Briketts weniger bekommen als in den Vormonaten. Der Berliner Markt ist, das beweist die Ziffer, stärker berücksichtigt als die Provinzstädte. Der Vorwurf des Vereins der Kohlenhändler, daß zuviel Kohle nach dem Ausland geliefert wurde, wird nach der Darstellung des Syndikats zu Unrecht erhoben. Im Jahre 1926 sind 48 Proz. weniger Kohle exportiert worden als 1925.

11. Bezirk — Schöneberg.

Die erste Sitzung der Bezirksversammlung im neuen Jahre brachte die üblichen Wahlen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der deutschnationalen Vorsteher Evers dem verstorbenen Genossen Kollentz einen ehrenden Nachruf. Vorsteher wurde der Deutschnationaler Evers, Stellvertreter Genosse Flatau und der Volksparteier Dr. Lauffer. Vorkämmerer Stadtkorrespondent Fräulein Beigel (DnL) und Leopold (Dem.), Stellvertreter die Genossen Friedrich und der Kommunist Müller. Sitzungstag bleibt der Mittwoch. Eine längere Aussprache zeitigte die Vorlage des Bezirksamts, auf dem Friedhof in der Maxstraße nur noch Wahlstellen zuzulassen. Unsere Genossen Peterlen und Czerninski verlangten die Schließung des Friedhofs und Umwandlung in einen Park. Schöneberg gehöre sowieso schon zu den an freiflächen armen Bezirken. Wahlstellen bedeuten Vorrechte für die Besten. Auf unseren Antrag wurde die Vorlage einem Ausschuss überwiesen. In Ausführung eines früheren Antrages unserer Fraktion hat das Bezirksamt eine Wärmehalle in den Baracken am Bauhener Platz hergerichtet. Aus der Versammlung wurde die Einrichtung bemängelt. Der Dezernent des Wohlfahrtsamts Dr. Graff erklärte, daß keine anderen Räume beschafft werden könnten. Eine längere Debatte entspann sich über die Kodelbahn im Schöneberger Stadtpark. Es bedurfte erst eines Antrages unserer Fraktion, bis das Bezirksamt endlich für die Kleinen den Stadtpark für Kodelzwecke wenigstens teilweise freigegeben hat. In einer Vorlage wurde die Anschaffung eines Parkstrahlens für die Parkverwaltung gefordert, trotzdem der Bezirksratpart dauernd über Beschäftigungsmangel klagt und noch dazu an einem erheblichen Defizit leidet. Ein Bescheid des früheren deutschnationalen Stadtrats Dr. Schneider! Genosse Frisch wandte sich gegen die Anschaffung und verlangte Ausschussberatung. Ferner bewilligte die Bezirksversammlung 8000 Mark für die Schaffung eines Lehrlingsheim in der verlängerten Innsbrucker Straße. Ebenso stimmte die Versammlung den baulichen Ergänzungen auf dem Dominicusplatz zu. Schul- und Verkehrsfragen bildeten den Schluß der umfangreichen Tagesordnung.

Kommunistische Hebe gegen die Konsumgenossenschaft.

Als vor drei Jahren die letzten Wahlen zur Vertreterversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend stattfanden, glaubten die Kommunisten, die Mehrheit dadurch zu erreichen, daß sie der Genossenschaftsverwaltung ohne jeden Grund vorwarfen, sie habe betrügerische Manipulationen vorgenommen, und den Mitgliedern die zusammengesparten Groschen schlantweg gestohlen und was dergleichen schamlose Verdächtigungen mehr waren. Die Verteilungskampagne hat aber damals nicht den von den Kommunisten erhofften Erfolg gehabt. Sie sind vielmehr in der Kinderheit geblieben und haben sich dann in den folgenden drei Jahren bei allen Gelegenheiten durch die unsinnigsten Obstruktionen verhalten gerächt.

Für die am Sonntag, dem 22. Januar, bevorstehenden Neuwahlen führen die Kommunisten ihre Wahlagitatorik nicht unter ihrem Namen „Kommunisten“, sondern versteckterweise „Opposition“. Sie betreiben eine wüste politische Hebe gegen die Genossenschaftsverwaltung, die sich in ihrer Überwiegenden Mehrheit als Rechtskommunisten zusammenschließt. Seit Monaten arbeiten die Kommunisten hiesig unter der Parole, die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend „politisch zu erobern“, um nachher mit ihren Gesinnungsgenossen die kommunistische Propaganda zu finanzieren. In den letzten Tagen ist an Stelle der unterirdischen Wählerarbeit die offene Agitation getreten; die „Rote Fahne“ schimpft fast Tag für Tag gegen die Konsumgenossenschaft. Die Kommunisten wollen angeblich die reformistische Konsumgenossenschaftsführung stürzen, die seit der Revolution ihre Führung in der Genossenschaft nicht benutzt haben, um die genossenschaftliche Organisation der Arbeiterklasse zu einem Kampfmittel gegen die Bourgeois auszugestalten. Das klingt fürchterlich revolutionär, aber die kommunistische „Rote Fahne“ verschweigt, was sie mit diesem Phrasenschwall sagen will.

Am 7. Januar hatte dieselbe „Rote Fahne“ darüber geschimpft, daß die Konsumgenossenschaft nicht reformistisch genug sei. Demals sagte sie, das Inzwischen von der Genossenschaft geschaffene Kindererholungsheim in Sperenberg sei zu klein, es genüge nicht. Folgendes müsse die Konsumgenossenschaft tun: „Kindererholungsheim in Sperenberg wäre eine ganze Anzahl in den Arbeiterquartieren Berlins erforderlich, damit die berufstätigen Arbeiterfrauen nicht länger gezwungen sind, ihre Kinder in von Pfaffen geleitete Heime zu geben oder sie den Gefahren der Straße auszuweichen. Des gleichen Bedürfnis besteht für die Einrichtung von Speisehäusern und insbesondere Cafés, von denen die Frauen die Lebensmittel bereits in gekochtem Zustande holen können. Noch dringender wäre die Einrichtung von Wäschereien, deren Benutzung auch den Arbeiterfrauen ermöglicht würde.“

Für ihren Kampf um die Eroberung der Konsumgenossenschaft ist der „Rote Fahne“ eben alles recht; sie macht reformistische Vor-

schläge für reformistisch Gesonnene. Nur wird nicht gesagt, wo die Konsumgenossenschaft als „Mädchen für alles“ die Gelder hernehmen soll, um solche Pläne im Handumdrehen zu verwirklichen. Gelänge es den Kommunisten, die Mehrheit in der Generalversammlung zu erobern, so wären solche Wohlfahrtsmaßnahmen für die Mitglieder überhaupt nicht durchführbar. Die Kommunisten würden ja vorher die Genossenschaftsgelder für kommunistische Parteipropagandazwecke verpulvert haben. Um denen Rechnung zu tragen, die sich einbilden, revolutionär zu sein, wirft die „Rote Fahne“ nämlich der Genossenschaftsverwaltung vor: „Grundsätzlich lehnen die reformistischen Führer der Genossenschaftsbewegung die Mobilisierung der Genossenschaftsmitglieder und der genossenschaftlichen Organisationskraft zum Kampf gegen die Ausplünderung der Arbeiter als Verbraucher durch den monopolistischen Bucher, die Hungerlöhne und Steuerlasten ab.“

Als die Genossenschaft in den ersten Jahren nach der Inflation nur 2 Proz. Rückvergütung gewährte, schimpften die Kommunisten, das sei zu wenig. Nachdem die Genossenschaft für das vergangene Geschäftsjahr 4 Proz. Rückvergütung verteilt hat, was sie auch künftig tun wird, schimpfen dieselben Kommunisten, eine derartige hohe Rückvergütung sei nicht grundsätzten.

Die Genossenschaft kann tun was sie will; die Kommunisten — die nicht einmal den Mut haben, unter ihrem eigenen Namen aufzutreten, sondern sich als „Opposition“ ausgeben — werden niemals damit einverstanden und zufrieden sein, weil sie selbst nicht wissen was sie wollen und weil sie nur schimpfen können. Die Kommunisten haben für den 18. und 19. Januar für ganz Groß-Berlin Straßen-Fellen-Mitgliederversammlungen veranstaltet, in denen über die Bedeutung der Genossenschaftswahlen gesprochen und die letzten Vorbereitungen für die Wahlen getroffen werden sollen. Sie bieten also alles auf, um eine möglichst hohe Stimmzahl zu erreichen. Diese kommunistische Wählerarbeit muß alle Nicht-Kommunisten veranlassen, am Sonntag pünktlich zur Wahl zu gehen und alle ihnen bekannten männlichen und weiblichen Mitglieder der Genossenschaft an die Wahlurne zu bringen. Es muß der Stolz der organisierten Verbraucher Berlins sein, durch die Wahl auch noch außerhalb zu dokumentieren, daß sie ihre Genossenschaft aufrechterhalten und fruchtig weiterentwickeln wollen; die von den Kommunisten gegen die Genossenschaft gerichteten Verleumdungen müssen im Keime erstickt werden.

Eine geologische Uebersichtskarte der Umgegend von Berlin bringt die Preussische Geologische Landesanstalt, Berlin, in vier Blättern mit Erläuterungen von Prof. Dr. Weiss heraus. Die schöne Karte 1:200 000 der Umgegend von Berlin, die in hohem Maße für geologische Excursionen geeignet war, ist nunmehr vergrößert worden und im Maßstab 1:100 000 erhältlich. Die Stadt Berlin liegt im Mittelpunkt der vier Blätter. Im Norden reicht die Karte bis Zehdenick und Joachimsthal, im Osten bis Freienwalde — Wriezen — Sudow — Fürstenwalde, im Süden bis Beelitz — Trebbin — Zossen — Eickow, im Westen bis Utruppin — Rauen — Regin.

Musikaufträge

Übersicht man sich dem Nachhaken des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Rosenmannstr. 63/64. Telefon 8571-78. Geschäftszeiten 9-5, Samstage 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Bestellerbeleg.

Schmerzen im Magen

Sind oft ein Zeichen, daß die Verdauung nicht in Ordnung ist. Schon die ersten Schmerzen sollte man beachten, da keine anderen Störungen so schnell das Wohlbefinden beeinträchtigen wie Magenleiden. Wenn man Magenbeschwerden vernachlässigt, können auch Beschwerden im Darm auftreten. Magenbeschwerden haben meist ihre Ursache in überschüssiger Säure, und diesem Zustand kann man sich abhelfen, wenn man Biserierte Magnesia nimmt. Biserierte Magnesia neutralisiert die übermäßige Säure im Magen, ändert die Schmerzen und bewirkt eine schmerzlose und normale Verdauung. Seiden Sie nicht länger, denn das stört Ihr Wohlbefinden, sondern verschaffen Sie sich sofort in der Apotheke eine Flasche Biserierte Magnesia, und Sie werden bald glücklich sein, eine gute Verdauung zu haben.

Wichtig! Hüten Sie sich vor Nachahmungen und bestellen Sie darauf, nur die echte Biserierte Magnesia zu erhalten, die den Namen Bismag Ltd. London trägt.

Krankenkassenberatungsstellen für Schwangere.

Jeder Frau muß in ihrem eigenen Interesse dringend empfohlen werden, sobald sie annimmt, daß sie Mutter werden könnte, eine Beratungsstelle der Krankenkassen für Schwangere aufzusuchen. Dort wird sie ärztlich untersucht, wenn notwendig, auch behandelt. Sie erhält dort Arzneien, Heil- und Stärkungsmittel und erfährt alles, was für ihre und die Gesundheit des zu erwartenden Kindes notwendig ist. Sie erhält dort Auskunft in allen Kassenangelegenheiten und auch jede rechtliche Auskunft. Es wird ihr die Unterkunft vor der Entbindung, zur Entbindung und nach der Entbindung nachgewiesen. Dort wird ihr Hilfe und Unterstützung in jeder Richtung, sowie Antwort auf alle sonstigen Fragen zuteil.

Die Beratungsstellen des Berliner Krankenkassenverbandes für schwangere Frauen und Mädchen befinden sich in folgenden Ambu-

latorien: Alexanderstraße 39/40, Montags von 10 bis 11 Uhr; Panlow, Bismarckstraße 3, Montags von 1 bis 3 Uhr; Pichtenberg, Wollendörferstraße 10, Montags von 3 bis 4 Uhr; Große Frankfurter Straße 137, Montags von 2 bis 4 Uhr; Willdenowstraße 3, Montags von 1 bis 3 Uhr; Arkonaplatz 5, Montags von 1 bis 3 Uhr; Kint Roobit, Dienstags von 2 bis 3 Uhr; Oranienstraße 6, Dienstags von 2 bis 4 Uhr; Neufuß, Schönstedtstraße 13, Dienstags von 4 bis 6 Uhr; Belle-Alliance-Straße 7/10, Dienstags von 3 bis 6 Uhr; Arkonaplatz 5, Mittwoch von 1 bis 2 Uhr; Brip, Johnstraße 82, Mittwoch von 1 bis 3 Uhr; Reinholdsdorf, Residenzstraße 10, Mittwoch von 1 bis 2 Uhr; Neufuß, Schönstedtstraße 13, Mittwoch von 4 bis 5 Uhr; Tegel, Brunowstraße 43, Mittwoch von 1 bis 2 Uhr; Charlottenburg, Berliner Straße 137, Mittwoch von 1 bis 2 Uhr; Alexanderstraße 39/40, Donnerstags von 1 bis 2 Uhr; Klosterstraße 65-67, Donnerstags von 1 bis 2 Uhr; Große Frankfurter Straße 137, Donnerstags von 2 bis 4 Uhr; Spandau,

Potsdamer Straße 48, Donnerstags von 2 bis 3 Uhr; Belle-Alliance-Straße 7-10, Donnerstags von 5 bis 6 Uhr; Panlow, Bismarckstraße 3, Freitags von 1 bis 2 Uhr; Weihensee, Berliner Straße 246, Freitags von 2 bis 3 Uhr; Schönberg, Brunowstraße 80, Freitags von 2 bis 3 Uhr; Große Frankfurter Straße 137, Freitags von 2 bis 3 Uhr.

Auskunft in allen einschlägigen Fragen erteilt das Bureau, Alexanderstraße 39/40, 1. Hof, 2. Aufg., 2 Treppen, täglich in der Zeit von 10 bis 3 Uhr und Sonnabends von 10 bis 12 Uhr.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung (Nachr. verb.). Reist bedeckt mit Schneefällen, Temperaturen um Null, südliche Winde. - In Deutschland: Im nördlichen, mittleren und südlichen Deutschland Schneefälle bei Temperaturen um oder über Null. Im Osten leichter Frost.

Bei Gicht, Ischias, Nerven- u. Kopfschmerz, Rheuma, Grippe, Erkältungskrankheiten haben sich Togat-Tabletten hervorragend bewährt. Ein Versuch überzeugt!



In allen Apotheken
Preis
Mk. 1.40

Togat
scheidet die
Harnsäure
aus

Kleines Theater

8 1/2 Uhr
letzte Vorstellung!
Eine Kleine ohne
Bedeutung
Eugen Ring,
Max Landa.
Ab morgen täglich
8 1/2 Uhr
Erika Gläzner in
Gretchen

Rose-Theater

8 1/2 Uhr
Orpheus i. d. Unterwelt

Achtet auf den ersten deutschen Flieger-Film
"Der rote Ritter der Luft"
ab heute

Schönes Haar
jeder Jahr!

Was für wunderschönes Haar
hat Ihre Kleine--!

Welche Mutter wäre nicht
stolz, wenn man ihr das
sagt! Möchten Sie, daß man
es auch von Ihrem Kindchen
sagt? Dann waschen Sie
sein zartes Haar jede Woche
mit dem milden Schwarz-
kopf-Schaumpon.
Weiße Packung 20 Pfg.;
„Extra“-Packung mit Dauer-
Parfüm 30 Pfg. (Sorte „hell“
für blondes, Sorte „dunkel“
für dunkles Haar.)

Schwarzkopf-Schaumpon
Auf „Schaum“ kommt es an!

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 26. 1. 28
Staats-Oper
Am Pl. d. Republik.
7 1/2 Uhr
Don Giovanni

Freitag, 26. 1. 28
Städtische Oper
Bismarckstr.
8-10 Uhr
Troubadour

Städt. Schauspiel-
in Godesmühl
7 1/2 Uhr
**Der Barbier von
Sevilla**

Städt. Schillerth.
Charlottenburg
8 Uhr
Wozzek

Deutsches Theater

Norden 10334-37
8 U. Ende 11 U.
Peer Gynt
Kammer spiele
Norden 10334-37
8 U. Ende nach 10
**Finden Sie, daß
Constance sich richtig
verhält?**

Piscatorbühne

Thal. u. Hallendörferpl.
Kurfürst 2091/93
Heute 7 Uhr
Premiere
Uraufführung
Die Abenteuer des
braven Soldaten
Schwejk
Hauptrolle
Max Pallenberg
von Max Brod
und Hans Reimann
insz. Erwin Piscator

Thalia-Theater

U. U. Das Kamel geht
durch das Radeldör

Theater des Westens

Täglich 8 1/2 Uhr
Mittwoch 8 1/2 Uhr
Operette von
E. Steffan

Volksbühne

Theater an Blüchplatz Th. an Schillergasse
8 Uhr
**Mann ist
Mann**

8 Uhr
**Schieber
des Ruhms**

Die Komödie

Bismarck 341/330
8 1/2 U. Ende 11 1/2 U.
Die Ehe von Witt

Berliner Theater

Direktion Kühnert
Charlottenstr. 81. 80a. 81
8 1/2 Uhr

Max Adalbert

Der Herr von ...
Planetarium am Zoo
Virtus, Neuköllner Straße
No. 1375
16 1/2 Uhr

Der Sternhimmel

der Heimat
18 Uhr
Reise z. Äquator
19 1/2 u. 21 Uhr
Venus, die Schwester
der Erde.
Eintritt 1 M.
Eintritt 15 Jahre 50 Pf.

Theater am Kottbuser Tor

Kottbuser Straße 6.
Täglich 8 Uhr
Elite-Sänger
in großen Januarprogramm!
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr:
Große Familien-Vorstellung
(ungekürzt).

8 Komische Oper 8

Neuartiges Revue-Stück
**Alles
Nackt!**
(Nach d. gleichn. Paris. Revue
"Tout nu", 200 Mitwirkende)
Original-Pariser Kostüme
Parkett 2,50 Mk.
Theaterkasse ununterbr. geöffnet.

CASINO-THEATER

Lothring. Str. 37.
Die spanische Fliege.
Anschließend: Gutschain 1-4 Pers.
Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

SCALA

Nottendorf 7360.
Jack Hylton
und das neue internationale
Variété-Programm
Sonnabends u. Sonntags
je 2 Vorstellungen
3 1/2 u. 8 Uhr - 3 1/2 u. ermäßigte
Preise das ganze Programm.

Renaissance-Theater

Steinplatz 90. - Täglich 8 1/2 Uhr.
Coeur Bube.

WINTER GARTEN

Nur noch
wenige Tage!
Operette PAUL DIEBEL.
Das Kätzchen von Königsruh
am Schluß des großen Variété-
Programms.

Reichshallen-Theater

8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr.
Stettiner Sänger
„Nuites Wochenende“
nachm. halbe Preise.
Dönhoff-Brett!
Kabarett, Variété,
Konzert, Tanz.



Was jede Frau verlangt zu wissen
(von Hygiene, Schule, Rufen),
Auf jede Frage, die sie stellt,
Gibt Antwort prompt die - „Frauen-
welt“!

Abonniers auch Del

„Die Frauenwelt“ kostet trotz erhöhten Um-
satzes nur 30 Pf. Bestelle noch heute
beim Zeitungsboten oder in deiner Volks-
buchhandlung.

NEUE WELT

Arnold Scholz
Täglich
Haseubelde 108-14
Gr. Bockbierfest
in den bayr. Alpen
7 Kapellen / Neue Dekorationen / 30 bayr. Madeln
EINTRITT 6 UHR ANFANG 7 UHR
Sonnabends u. Sonntags: **Gr. Alpenball**

Belvedere
I. TEIL: DAS RÄTSEL VON PARIS
D.L.S. FILM DER PRODUKTION CINEMATIUM
URAUFFÜHRUNG
TÄGLICH 5, 7, 9 UHR
SONNTAGS 5, 7, 9 UHR
PRIMUS-PALAST
POTSDAMER STRASSE 19.
EINLEITUNG: „ERKENNE DEN VERBRECHER!“
KRIMINALISTISCHE EXPERIMENTE VON DR. THOMA.
DAS PUBLIKUM ALS DETEKTIV!

Nur noch wenige Tage!
HEINRICH GEORGE
Die Leibeigenen
mit MONA MARIS
Maria Reisenhofer Julia Jol
Harry Halm Oskar Homolka
Regie: Richard Eichberg
Hilberg - Film der 20. in der Welt der Perfekt
Wochenlange
7 910
GLORIA-PALAST
an der Gedächtnis-Kirche
Vorverkauf an allen Theaterkassen & Wertheim und
ab 12 Uhr ununterbrochen im Glorlapalast

Arbeitnehmerverband d. Friseur- u. Haargewerbes
Zweigverein Berlin.
Am 16. Januar verstarb plötzlich nach
kurzem Leiden der Hauptkassierer unseres
Verbandes, der Kollege
Julius Langner
im Alter von noch nicht 54 Jahren.
Ehre seinem Andenken.
Der Vorstand.
Die Beisetzung erfolgt am Sonnabend,
dem 21. Januar, 11 1/2 Uhr, von der Halle des
Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus.

Großes
Schauspielhaus
Norden 2001/03
Anfang 8 Uhr
Ende 11 Uhr.
Die neue
Charell
Inszenierung
Pompadour
mit
Massary
Hedemann
Bendow
Joakuhn
Werkmeister
Westermeyer
Picha
Ruth Walker
Blille Collins
Snowball
Winkelstein
Sunshine Girls
Ansatzung:
Prof. Ernst Stern
Dr. Ernst Hauke

Dasoffnung.
Allen denen, welche in so hohem
Maße anlässlich des Todes meiner
lieben Frau
Gertrud Hirsch
ihre Teilnahme bezeugten, spreche
ich hierdurch meinen herzlichsten Dank
aus. Insbesondere den Verwandten
und Freunden der 46. und 47. Wdg.,
insbes. dem Ehrenherren Goldschmidt.
Max Hirsch und Familie
Glienkestraße 14

Losspielhaus
8 1/2 Uhr
Guido Thielscher
Unter
Geschäftsansicht
Metropol-Th.
Täglich 8 1/2 Uhr:
„Die schöne Helena“
Oper v. Offenbach
Karl Böhm, Valente
Stroth, M. Löffelholz,
Irene, Lina, Helmer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Wahrung! Betriebsräte Wahrung!
Die Betriebsräte-Konferenz Nr. 1 ist
erhalten und kann gegen Besetzung der
Legitimationskarte des Betriebsrats-
obmannes in unserem Bureau, Ritterstr. 8,
oder nach 4 Uhr im Zimmer 4 entgegen-
genommen werden.
- Die Ortsverwaltung.
Bockbier - Mützen
Dutzend v. 20 Pfennig an.
Oomino Masken
von 10 Pf. an. Prima
Atlas 50 Pf. Riesenaus-
wahl all. Festartikel sehr
billig. Vereine, Gastwirte,
Händler besonders billig.
Kommissionsware.
A. MARS & Co.
G. m. b. H.
Markgrafstr. 24. (1. Untst.)

Unter
Jrs. Künstler-Th.
8 Uhr
„Evelyn“
Essing-Theater
8 Uhr
„Rose Bernd“
Schauspielhaus
Jrs. Künstler-Th.
8 Uhr
„Evelyn“
Essing-Theater
8 Uhr
„Rose Bernd“

Umsont
haben Sie sich mit
allen möglichen u.
unmöglichen Mit-
teilen gegen Ihren
Kultur abzugeben
be Sie unier
Bexalit
noch nicht kannten.
Jetzt kann Ihnen
das nicht mehr ge-
hen. Sie holen sich
ein auf in der näch-
sten Woche eine
Flasche Bexalit.
Bereitig in Apo-
theken, Herbolzer:
Otto Stumpf & G.
Chemnitz.

Unter
Jrs. Künstler-Th.
8 Uhr
„Evelyn“
Essing-Theater
8 Uhr
„Rose Bernd“
Schauspielhaus
Jrs. Künstler-Th.
8 Uhr
„Evelyn“
Essing-Theater
8 Uhr
„Rose Bernd“

Bettledern Adolf Pohl
Dresdener Straße 13
(Fahrradbau)

Walhalla-Th.
Weinbergweg 19-20
Eine Liebesnacht
Operettenschwank
in 3 Akten v. Halton
Musik von Osterreich
Loni Pymont
In der Hauptrolle
Vorz. Park statt 4-
auch Sonntag nur
60 Pf.
Sonntag nachm. 4 U.
Hilse u. Gretel
Parkstr. 30 Pl. an.

Residenz-Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr.
Der gr. Lustspielrolf
Stiefmama
mit Hazel Arnscheidt
Das Kind, Paul Rindels,
Erich Marcks, Andr. Walter.
**Insekte im
Vorwärts**
Nächstem Erfolg!

Th. im Admiralspalast
Tägl. 8 1/2 Uhr
**HALLER-
REVUE**
„Wann und wo“
2 Sonntag
3 Vorstellung.
3 Uhr, 8 1/2 Uhr
Freitag, die ganze
Wochentag 8 1/2 Uhr, Sonn-

WINTER GARTEN

NEUE WELT

Walhalla-Th.

Residenz-Theater

Th. im Admiralspalast

Losspielhaus

Bettledern Adolf Pohl

Protest gegen Eisenpreiserhöhung.

Die 'Eisenarbeiter' geben ihrem Einspruch eine sozialreaktionäre Begründung.

Die Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie hat ihren in Berlin am 18. Januar beschlossenen Protest formuliert und der Öffentlichkeit übergeben. Er zerfällt in zwei Teile, von denen der erste in beschämender Weise dem sozialreaktionären Geist der Schwerindustrie zunächst seine Reverenz erweist, damit der zweite Teil den tatsächlich scharfen Gebrauch der Peitsche erlaubt. Wir lassen den zweiten Teil im Wortlaut folgen:

„In der richtigen Erkenntnis, daß eisenerschaffende und eisenverarbeitende Industrie wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind, hat die eisenverarbeitende Industrie bisher in allen Wirtschaftsfragen Hand in Hand mit der eisenerschaffenden Industrie gearbeitet. Aus dieser Einstellung heraus ist auch seinerzeit seitens der eisenverarbeitenden Industrie das Abkommen mit der eisenerschaffenden Industrie (Wol-Abkommen) geschlossen worden. In diesem Abkommen ist bekanntlich festgelegt, daß „das Ziel der internationalen Eiseneinbarung eine Regelung der Auslandspreise für Eisen sein solle“ in der Weise, daß „der Unterschied zwischen Auslands- und Inlandspreisen verringert und möglichst bald ganz zum Verschwinden gebracht werden sollte“. Tatsächlich hat sich der Unterschied zwischen Inlands- und Auslandspreisen für Walzeisen seit Abschluß der internationalen Rohstahlgemeinschaft nicht nur nicht verringert, sondern wesentlich erhöht.

Ferner sollten sich „die Vereinbarungen keinesfalls nur auf eine Regelung der gegenseitigen Belieferung der Innenmärkte der am Eisenpaß beteiligten Länder beschränken, sondern vor allem die gegenseitige Unterbietung auf den Auslandsmärkten für Eisen betreffen“. In Wirklichkeit hat gerade umgekehrt die Unterbietung auf den Auslandsmärkten zugenommen, und der einzig greifbare Erfolg der internationalen Abmachungen beschränkt sich bisher auf die Gebietschutzabkommen. Durch diese ist der deutsche Eisenmarkt isoliert worden. Bei den wichtigsten kartellierten Walzeisenorten ist der

Unterschied zwischen Inlands- und Auslandspreis nahezu auf das Doppelte

des Zollbetrages gestiegen. Inzwischen erwächst der deutschen eisenverarbeitenden Industrie auf dem deutschen Inlandsmarkt ein unendlich verschärfter Wettbewerb seitens der mit den niedrigen Auslandseisenpreisen arbeitenden Fertigindustrien des Auslandes.

Die eisenverarbeitende Industrie hat bisher, unter Zurückstellung berechtigter eigener Bedenken, der eisenerschaffenden Industrie bei ihren Bestrebungen nach internationaler Kartellierung kein Hindernis in den Weg gelegt. Angesichts der vorstehend festgestellten Sachlage bedauert sie es auf das tiefste, daß die eisenerschaffende Industrie unter dem Druck der Politik des Reichsarbeitsministeriums die Lage der bereits infolge der Lohn-erhöhung geschwächten Eisenverarbeitung durch die überhöhten und trotz ihrer Warnung beschlossene Preiserhöhung noch weiter erschwert hat.

Sie erhebt Einspruch.

gegen diese für sie in ihrer jetzigen Lage doppelt schwere Neubelastung, die für ihrerseits abzumägen nicht in der Lage ist. Die weitere Entwidung der internationalen Eisentariellierung wird die eisenverarbeitende Industrie auf das aufmerksame verfolgen müssen.

Zwischen den beiden Industriegruppen war schließlich vereinbart worden, daß die Preispolitik für Eisen in Süddeutschland so gehandhabt werden solle, daß etwa die Vorkriegsrelation zwischen den süddeutschen und norddeutschen Eisenpreisen, welche früher die Grundlage für den standortmäßigen Aufbau der Industrien gegeben hat, eingehalten wird. Die einseitig ohne Mitwirkung der Beteiligten vorgenommene Aenderung der Preise und Rabatte für Frachtabläufe Reunirischen, von der aus bisher ganz Süd- und Mitteldeutschland sowie ein großer Teil von Ostdeutschland be-

liefert wurde, widerspricht dem Geiste dieser Vereinbarung. Es muß deshalb gefordert werden, daß dieser Punkt auf gemeinsamer festzustellender Grundlage neu geprüft und entschieden wird.“

Diese Erklärung ist scharf. Sie wiederholt die Kritik, die wir in unserem Artikel „Profit bricht Verträge“ ausgesprochen, in unverminderter Härte. Nur für die von uns deutlich ausgesprochene Konsequenz, daß die Montanherrn Verträge und gegebene Versprechen gebrochen haben, daß diese nicht „gentlemen“ sind, mit denen vertrauensvolle Abreden getroffen werden dürfen, vermeidet man die Formulierung.

Aber die Eisenarbeiter lassen sich für ihre Kritik einen ziemlich hohen Preis bezahlen.

Sie haben nicht den Mut

zu sagen, daß die Erhöhung der Eisenpreise reurteilt werden muß, einfach weil die Erhöhung weder volkswirtschaftlich gerechtfertigt noch für die Eisenarbeiter mit Rücksicht auf die Auslandskonkurrenz erträglich ist. Sie suchen Ausreden, wollen es ja vor der Öffentlichkeit nicht so scheinen lassen, als ob sie nicht doch mit den Eisenerzeugern eigentlich in einer Front stünden. Sie erhebt, die Eisenpreiserhöhung, beschämend für die Eisenarbeiter, es festzustellen, fast nur wie ein Fehltritt der Montanherrn, für den die Verantwortung eigentlich andere trifft.

Man sollte es nicht glauben, aber es ist wahr: die Eisenherrn werden von den Eisenerarbeitern mit den sozialpolitischen Ansprüchen der Arbeiterschaft und den Schiedsprüchen in der Arbeitszeitfrage entschuldigt. Verantwortlich erscheinen für die Eisenpreiserhöhung eigentlich Arbeiterschaft und Reichsarbeitsminister. Das auszuführen ist nämlich der Inhalt des ersten Teils des von den Eisenerarbeitern beschlossenen Protestes. Die Art des Protestes ist feige und unmöglich.

Das ändert nichts an der Bedeutung des Protestes. Eine unmittelbare Einwirkung auf die Eisenpreise hat er nicht. Aber die Öffentlichkeit, die Reichsregierung haben für Remedur gegen den Mißbrauch der Monopolgewalt durch die Eisenerbände zu sorgen, nachdem die Arbeiterschaft sofort und am schärfsten ein Eingreifen gefordert hat. Wege dazu haben wir mehrfach gewiesen. Wir verlangen heute Animosi von dem verantwortlichen Reichswirtschaftsminister, welche Garantien er gegen den Mißbrauch der Kartell- und Monopolgewalt jetzt und für alle Zukunft zu schaffen gedenkt!

Ein Protest des Handwerks.

Auch die Spitzenverbände des Handwerks erheben gegen die Eisenpreiserhöhung Protest. Sie führen aus, daß der Beschluß der Eisenpreiserhöhung um so eher gefaßt werden konnte, als die eisenerschaffende Industrie eine Monopolstellung einnehme und auch den Eisenhandel beherrsche. Die Verteuerung des Rohstoffes müsse auf dem Binnenmarkt alle Verarbeiter dazu nötigen, auch die Preise für die Verbraucher zu erhöhen. Da eine weitere Steigerung des Preisniveaus die Folge sein könne, müsse die Eisenpreiserhöhung zu einer großen Bewirrhigung der Allgemeinheit führen.

Weitere Preiserhöhungen der Eisenverbände.

Wie gemeldet wird, sind auch die Preise für Bandstahl, Grobbleche, Mittel- und Feinbleche, Rieten und leichtes Oberbaumaterial erhöht worden. Gleichzeitig wurden auch die Rabatte erheblich herabgesetzt.

Parteitag in Kiel in einem Agrarprogramm niedergelegt. In einer durch ihre gemeinverständliche Darstellung und ihr hohes Niveau sehr wertvollen Schrift: „Sozialdemokratische Agrarpolitik“ liefern die Genossen Hans Krüger und Fritz Baade — Verlag J. H. W. Dietz — jetzt einen ausgezeichneten Kommentar. In dieser Schrift, deren Verfasser weit über Parteigrenzen hinaus als Sachverständige bekannt sind, werden alle aktuellen landwirtschaftlichen Fragen so eingehend und allgemein verständlich behandelt, daß man die Schrift trotz ihres geringen Umfanges wohl mit Recht als beste Darstellung der agrarpolitischen Probleme der letzten Jahre bezeichnen kann.

Die große Bedeutung der Agrar- und Bauernfragen liegt auf der Hand. Die Arbeiterschaft muß sich, nicht zuletzt auch mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen, gründlich mit den agrarpolitischen Problemen auseinandersetzen. Dazu ist die Schrift von Baade und Krüger die beste Handhabe.

Wichtiges Kaugummi verdient fünfzig Prozent seines Kapitals. Im Vierteljahr Juli bis September 1927 hat die amerikanische Wrigley-Kaugummi-Gesellschaft in Chicago, die auch in Frankfurt am Main eine Zweigfabrik unterhält, einen Reingewinn von 2.837.000 Dollar erzielt. Gegenüber einem Gesellschaftskapital von 22,2 Millionen Dollar ergab das einen Jahresgewinn von etwas mehr als 50 Prozent. Die Gesellschaft führt den zunehmenden Absatz wohl nicht mit Unrecht auf ihre riesenhafte Reklame zurück. Darüber wird mitgeteilt, daß in den letzten fünfzehn Jahren für Reklame nicht weniger als 50 Millionen Dollar oder rund 210 Millionen Mark ausgegeben worden sind. Für das Jahr 1927 wurden 6 Millionen Dollar allein für Reklame ausgegeben, woraus sich ein Maßstab ergibt, mit welchen Gewinnen die Gesellschaft arbeiten muß.

Goldregen für Bemberg-Beinchen.

14 Proz. Bemberg-Dividende. — 210000 Mark für den Aufsichtsrat.

Wenn die Bemberg-Herrn uns auch nicht durch billige Preise für ihre Kunstseide erfreuen, so scheinen ihre Preisauschreibungen für Böden mit süßen Beinchen doch die Gewinne sehr fett gemacht zu haben.

So stieg der Umsatz, der für 1925/26 rund 17 Millionen betrug, im letzten Geschäftsjahr auf nicht weniger als 41,5 Millionen, also um fast 150 Prozent. Die Betriebsüberschüsse erhöht sich von 6,8 auf 11 Mill. Mark. Die gesamten Aufwände, Steuern und Zinsen sind mit 5,7 Mill. Mark wohl um rund 2 Millionen höher als im letzten Jahr, jedoch steht diese Steigerung in keinem Verhältnis zu dem vermehrten Umsatz. Trotz 2,4 Mill. Mark Abschreibungen verbleibt mit 3,1 Millionen noch ein Reingewinn in doppelter Höhe des Vorjahres, von dem an die Aktionäre 14 Proz. Dividende gegen 8 Proz. im Vorjahr gezahlt werden.

An diesen Bombengewinnen nehmen zu einem Viertel auch die Besitzer der jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung vom August vorigen Jahres teil, obwohl diese neuen 12 Millionen bis zum Ende des Geschäftsjahres am 30. September noch gar nicht zu arbeiten begonnen haben. Auch die sieben Herren des Aufsichtsrats erhalten nicht weniger als 210000 Mark Lohntiere, das ist das Dreifache des letzten Jahres. Die Bemberg-Verwaltung hatte im vergangenen Herbst über ihre Belegstellen ausgespart, weil diese sich der Lohnbewegung der Wuppertaler Textilarbeiter angeschlossen hatten. Angekündigt konnte die Verwaltung ihr Lohnkonto nicht höher belasten! Diese 210000 Mark für die sieben Aufsichtsräte, deren Tätigkeit sich in wenigen Sitzungen erschöpft, sind dabei schon der Monatslohn für etwa 1000 Arbeiter.

Die Bilanz verrät, daß die tatsächlichen Gewinne noch viel höher waren, als die Dividende erkennen läßt. Für Neuzugewinn von Grundstücken und Reuanstellungen sind rund 10 Millionen aufgewendet worden, davon für neue Maschinen allein 6,5 Millionen. Da die für die Erweiterung der Anlagen aufgenommene Anleihe nur 6,2 Mill. Mark betrug, sind also rund 4 Mill. Mark aus laufenden Einnahmen, d. h. aus dem Gewinn genommen, so daß sich damit der Gesamtreingewinn mindestens auf über 7 Millionen erhöht. Trotz der in die Anlagen gesteckten Millionen ist von Geldmangel natürlich keine Rede. Die gesamten Forderungen, in denen auch die aus der Kapitalerhöhung geflossenen, zum Bilanztermin noch nicht verwendeten Gelder verbucht sind, werden mit rund 27 Mill. Mark ausgewiesen, während die Verpflichtungen nur mit 10,2 Mill. Mark erscheinen. Die enorme Reserve von 10 Millionen (im Vorjahr 100000 Mark) bei einem Kapital von jetzt 28 Millionen, die durch das Aufgeld auf die jungen Aktien geschaffen wurde, zeigt, wie gut das Geschäft die Kapitalerhöhung nicht allein für die Aktionäre, sondern auch für die Gesellschaft war.

Die Hochkonjunktur hat bisher noch in vollem Umfang angehalten, die amerikanische Bemberg-Gesellschaft ist auf Monate hinaus ausverkauft, die Umsätze in den Augsburger und Barmer Werken sind weiter gestiegen und sämtliche Betriebe sind für längere Zeit voll beschäftigt. So der gefürchtete Geschäftsbericht. In der die Öffentlichkeit am meisten interessierenden Frage der Preisermäßigungen weiß die Verwaltung weiterhin trefflich zu schweigen.

Großer Kapitalbedarf bei Ludwig Löwe. In einer Aufsichtsratsitzung der Ludwig Löwe A.-G. in Wrobit wurde zur Deckung neuen Kapitalbedarfs die Ausgabe einer Anleihe von 5 Millionen Mark beschlossen, die mit 7 Proz. verzinst werden soll. Da die aus der Anleihe fließenden neuen Mittel über den vorhandenen Geldbedarf noch nicht befriedigen, soll im Februar außerdem das Aktienkapital von 15 auf 20 Mill. Mark erhöht werden. Die jungen Aktien werden zum Kurse von 200 Proz. ausgegeben, so daß der Gesellschaft also mindestens zusammen 15 Millionen neue Gelder zuzuführen werden, die zur Stärkung der Betriebsmittel und Ausdehnung der Betätigungen Verwendung finden sollen. Zu vermuten ist, daß ein Teil der neuen Gelder der endgültigen Finanzierung der Radioproduktion dient, die sich bei Löwe tiefenhaft ausgedehnt hat. Aufträge werden schon seit längerem nur mit größeren Lieferfristen durchgeführt.

Offener Krieg im internationalen Oelkapital. Zwischen der Standard Oil Company von New York und der Royal Shell Co., der englisch-holländischen Gruppe, herrscht jetzt offener Preiskrieg. Standard Oil hat erklärt, daß es ihr gar nicht einfallt, kein russisches Oel zu kaufen, dessen Verwendung auf dem nordasiatischen Markt ihr nur großen Nutzen bringe. Die Royal Shell macht daraufhin bekannt, daß sie die Standard Oil Co. in jedem Lande bekämpfen werde, in das diese das „gestohlene russische Petroleum“ sende. Der Schwindel mit dem gestohlenen Oel ist von Herrn Deterding also doch nicht aufgegeben worden, obwohl er nämlich selbst einmal ein Monopol für dieses gefohlene Oel haben wollte. Wenigstens besteht jetzt Klarheit darüber, daß es bei dem moralischen Setze des englisch-holländischen Oeltruffs nur um Konkurrenzstämpfe geht. Und Herr Deterding darf sich vor der ganzen Öffentlichkeit der Welt keine schwere moralische Niederlage als vollendete Tatsache buchen.

Neue sieben Millionen gegen die Ueberflutungen in den Oberböden will das preussische Staatsministerium durch einen Gesetzentwurf der wirklich schwer leidenden dortigen Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Damit wird Rückstände abzuheben begonnen, die der „Vorwärts“ der deutschen Öffentlichkeit mehrfach mit Nachdruck ins Bewußtsein gerufen hat. Hoffentlich wird dabei auch Vorfrage dafür getroffen, daß die Verwendung der Gelder nicht nur rationell durchgeführt wird, sondern daß auch bei den Deviseremittierungen nach dem Rechten gesehen wird, über deren Vorgehen wir seinerzeit heftige Klagen veröffentlicht haben konnten.

Die Bank von Frankreich hat den Diskont wiederum um ein halbes Prozent auf 3½ Proz. ermäßigt, nachdem erst am 29. Dezember eine Herabsetzung von 5 auf 4 Proz. erfolgt war. Damit ist innerhalb eines Jahres der französische Wechselkurs von 6½ auf 3½ Proz. ermäßigt worden. Mit der neuen Ermäßigung hat Paris den niedrigsten Banktag der großen europäischen Staaten.

Sozialdemokratische Agrarpolitik.

Ein Kommentar zu unserem neuen Agrarprogramm.

Zehnjährtelang ist die Agrarpolitik das Stiefkind in der Wirtschaftspolitik gewesen. Die Augen aller wirtschaftlich Interessierten waren ganz auf den Aufstieg der Industrie gerichtet; die Landwirtschaft wurde nahezu vergessen. Diese Vernachlässigung eines so wichtigen Wirtschaftszweiges war jedoch nur so lange möglich, als der beispiellosen industriellen Entwicklung Europas und besonders Deutschlands eine ebenso starke Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in den überseeischen Staaten gegenüberstand.

Die letzten Jahrzehnte haben uns jedoch vor ganz neue Wirtschaftsbedingungen gestellt: die Ueberseeestaaten sind selbst sehr stark zu einer durch hohe Zölle geschützten industriellen Produktion übergegangen und führen jetzt weniger europäische Industrieprodukte ein und weniger Agrarprodukte nach Europa aus als früher. Die europäische und insbesondere die deutsche Wirtschaft hat ein Interesse daran, die eigene landwirtschaftliche Produktion in rationeller Weise zu steigern. Nicht zuletzt auch, um den Absatz von Industrieprodukten zu erhöhen und der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Die Sozialdemokratie setzt sich daher mit ihrer ganzen Kraft für alle landwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen, Ausbau des landwirtschaftlichen Hochbildungswesens, produktionsfördernde Kreditgewährung, Meliorationen, Verbreitung moderner Agrartechnik, Bodenreform und vor allem für eine dem landwirtschaftlichen Betrieb so notwendige stabile Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte ein. Sie hat diese Forderungen auf ihrem

Weißer Zähne: Chlorodont

Ein Urteil von Vielen: „Da ich schon mehrere Jahre zum Putzen meiner Zähne Chlorodont benutze, gestatte ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich, seit ich Chlorodont verwende, schneeweiße Zähne bekommen habe. Ich hatte früher Zahnbelag und versuchte mit allen möglichen Mitteln denselben zu beseitigen, was mir mißlang, bis ich Ihre vorzügliche Zahnpaste Chlorodont kaufte und auch probierte. Chlorodont allein führte mich zum Ziel. Ich werde heute oft beneidet und gefragt, womit pflegen und putzen Sie Ihre Zähne? Ich kann dann Ihre Zahnpaste Chlorodont weiter empfehlen, daß auch unsere Mitmenschen zu einem guten Resultat kommen, wie ich. Anbei ein Bild, woraus Sie ersehen wollen, daß meine Zähne auch wirklich schneeweiß sind, trotz des Rauchens. Wenn das Bild nicht mehr benötigt wird, bitte ich um Rücksendung.“ Berlin-Tempelhof, Chr. R. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.) — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Alarm.

Erzählung von Leo Tolstoi.

Dies im Jahre 1858 geschriebene, aber erst vor kurzem aus dem Nachlaß Tolstois veröffentlichte Erzählung gehört zu der sogenannten „ausländischen Periode“ der Kriegserzählungen des Dichters und enthält Szenen und Einblicke aus der Zeit seines Aufenthaltes im Kaukasus.

Am Jahre 1853 verbrachte ich einige Tage in der Festung Tschadgir, einem der malerischsten und unruhigsten Orte des Kaukasus. Am Tage nach meiner Ankunft saßen wir, ich und ein Bekannter, bei dem ich abgestiegen war, vor Anbruch des Abends auf der Rasenbank vor seiner Erdhütte und warteten auf den Leutnant R., den wir beide gut kannten, trat zu uns.

Es war Sommer; die Hitze hatte nachgelassen; weiße Sommerwolken verstreuten sich am Horizont, die Berge waren deutlich zu sehen, und die Schwalben schossen vergnügt durch die Luft. Zwei Kirschkäpfe und ein paar einfarbige Sonnenblumen standen regungslos vor uns und warfen ihre langen Schatten auf den Weg. Das Zwei-Elen-Gärtchen hatte etwas so Stilles und Trauliches.

Plötzlich ertönte das ferne Dröhnen eines Kanonenschusses.

„Was war das?“ fragte ich.

„Ich weiß nicht. Ich glaube, es kam vom Wachturm,“ antwortete mein Bekannter; „ob es nicht gar Alarm bedeutet?“

Irgendein Kosak galoppierte auf der Straße vorüber, ein Soldat lief, mit seinen großen Stiefeln stampfend, den Weg entlang, im Nachbarhaus hörte man Lärm und Sprechen. Wir traten an den Zaun. „Was ist denn?“ fragten wir einen Offiziersburtschen, der in gestreifter, nur durch ein einziges Trägerband geboltenen Hose, sich der Hüften fahrend, die Straße hinunterlief.

„Alarm!“ antwortete er, ohne halt zu machen. „Ich suche den gnädigen Herrn.“

Hauptmann R. griff hastig nach seiner Sammelmütze und lief, sich den Kopf zuckend, nach Hause. Seine Kompanie hatte Wachdienst. Ein zweiter und dritter Schuß ertönte vom Turme her.

„Geben Sie uns auf den Hang hinaufgehen und Umschau halten! Sicher hat es an der Pferdetränke irgend etwas gegeben,“ sagte zu mir mein Bekannter. „Was den Samowar nicht ausgehen,“ fügte er dann, zu seinem Burtschen gewandt, hinzu, „wir kommen gleich wieder.“

Durch die Straßen eilten Leute: bald ein Kosak, bald ein berittener Offizier, bald ein Soldat mit dem Gewehr in der einen und dem Messer in der anderen Hand. Erstreckte Tücher und Weiberkränze zeigten sich an den Haustüren, in geöffneten Türen und Fenstern. Alles war in Bewegung. „Wo ist der Alarm, liebe Brüder? Wo?“ wiederholte eine außer Atem geratene Stimme. „Denk, die Brüder haben sie uns die Antreffliche über die Fort,“ antwortete eine andere Stimme, „eine so riesengroße Partie, liebe Brüder, daß es ein Jänner ist!“ „Ach, du lieber Gott! Wenn sie erst in die Festung einfallen, ai-oi-oi-oi!“ sagte mit weinerlicher Stimme irgendein Weib. „Die war's denn, hästet ihr nicht vielleicht Lust, in Schomils Harem einzuführen zu werden?“ erwiderte ihr zwinkernd ein junger Soldat in blauen Pumpstiefeln und schief im Nacken sitzender Fellmütze.

Kaum hatten wir uns dem Hang genähert, als uns auch schon die wachhabende Kompanie einholte, die mit umgehängtem Beutetornister und vorgehaltenem Gewehr bergauf lief. Der Kompanieführer, Hauptmann R., ritt voran.

„Plotz! Wasanwas!“ rief ihm mein Bekannter zu, „gibt es ihnen oberhalb!“ Aber R. blickte sich nicht nach uns um; mit besorgter Miene blickte er nach vorn, und seine Augen glänzten mehr als gewöhnlich. Am Ende der Kompanie schritt der Feldscher mit seinem ledernen Verbandsgewestel und wurde eine Bahre getragen. Ich verstand den Gesichtsausdruck des Kompanieführers.

Es ist erquickend, einen Menschen zu sehen, der dem Tode mitleidig ins Auge blickt; hier aber sind Hunderte von Menschen jede Stunde, jede Minute bereit, ihn nicht nur fürchtlos, sondern — was viel wichtiger ist — ohne Proherre, ohne den Wunsch, sich zu betäuben, ruhig auf sich zu nehmen, und gehen ihm schlicht entgegen.

Als die Kompanie schon auf halber Höhe angelangt war, näherte sich ein blatterner Soldat mit braungrünem Gesicht, weißem Nacken und einem Ring im Ohr, ganz außer Atem, im Laufschrift dem Hang. In der einen Hand trug er das Gewehr, mit der anderen hielt er den Beutetornister. Als er uns eingeholt hatte, stolperte er und fiel. In der Menge ertlang Gelächter.

„Obacht, Antonysch! Fassen ist kein gutes Vorzeichen!“ sagte der Spähermacher in blauen Hosen.

Der Soldat blieb stehen; sein müdes, besorgtes Gesicht nahm plötzlich den Ausdruck bestigter Berärgtheit und Strenge an.

„Wenn du doch nicht so ein Dummkopf wärest, aber du bist ja der größte Idiot,“ sagte er mit Verachtung, „denkbar bist du, das ist es eben!“ Und er stürzte davon, um die Kompanie einzuholen.

Es war ein stiller und klarer Abend, Wolken krochen wie immer durch die Schluchten, aber der Himmel war rein; zwei schwarze Adler zogen hoch über ihre gleitenden Kreise. Jenseits vom silbernen Bunde des Flusses Argun war deutlich ein einsamer, aus Ziegeln errichteter Turm zu sehen — unser einziger Besitz in Grob-Tschetschna. In einiger Entfernung von ihm trübte ein Trupp berittener Tschetschenen die entführten Pferde das steile Ufer hinauf und wechselte Schüsse mit den Soldaten, die sich in dem Wachturm befanden.

Als die Kompanie die Brücke im Laufschrift passiert hatte, waren die Tschetschenen schon weit über einen Gewehrschuß von ihr entfernt, aber trotzdem wurde inmitten der unseren ein Rauchwölkchen, ein zweites, ein drittes und plötzlich Lauffeuer längs der ganzen Kompaniefront sichtbar. Der Schall dieses Schusses von Schüssen gelangte zur allgemeinen Freude der Zuschauer in einigen Sekunden bis zu uns.

„Da, da! Seht, wie sie rennen! Sie rennen, sie rennen! Sie freieren aus!“ erklang Scharen und Beifall in der Menge. „Wenn man also sie so zu sagen von den Bergen abschneidet, so gäbe es für sie kein Entkommen!“ sagte der Spähermacher in blauen Hosen, der durch sein Geräbe die Aufmerksamkeit aller Zuschauer auf sich lenkte. (Schluß folgt.)

Wilhelm Schäfer.

Zum 60. Geburtstag des Dichters am 20. Januar.

Wilhelm Schäfer, der Philosoph unter den rheinischen Dichtern, ist erst auf Umwegen zur Entdeckung seiner dichterischen Begabung gekommen. Ursprünglich von seinem Vater für die theologische Laufbahn bestimmt, besuchte er die Schule in Düsseldorf, bis ein körperliches Leiden dem schwächlichen Knaben unmöglich machte, täglich den langen Weg von seinem Wohnort Gerresheim nach Düsseldorf zurückzulegen. Obwohl der Anabe schon frühzeitig ein auffallendes Zeichentalent besaß, schlug ihm sein Vater rundweg seine Bitte ab, Vater werden zu dürfen. Kurzerhand beschloß der Vater, daß sein Sohn sich dem Lehrerberuf widmen sollte, und so wurde der Jüngling zunächst für fünf Jahre in eine Präparandenanstalt gesteckt, um dann auf dem Seminar zu Mettmann seine Ausbildung zu beenden. Wie der Dichter selbst erzählt, hat er seine Bekehrung durch Unbotmäßigkeit und Faulheit stets gereizt, und oft genug bestand für ihn die Gefahr, von der Anstalt verwiesen zu werden. Endlich war die schwere Zeit der Ausbildung überstanden, und der neugeborene Lehrer wurde zunächst in Bohnwinkel, später in Elberfeld angestellt, wo er fast sieben Jahre verblieb. Hier fand er in einem Kollegen einen Gefinnungsverwandten, und gemeinsam mit diesem beschäftigte er sich mit der modernen Literatur, wobei er sich für den jungen Gerhart Hauptmann, besonders aber für Björnson begeisterte. Durch dessen „Bauerngeschichten“ angeregt, beschloß Schäfer, sich schriftstellerisch zu betätigen, und bald hatte er ein kleines Bändchen Bauerngeschichten geschrieben, das er „Mannstent“ nannte. Einige dieser Geschichten wurden in einer hamburger Zeitschrift veröffentlicht, was dem Anfänger den Mut gab, ein Theaterstück zu schreiben, das in Elberfeld aufgeführt, aber gleich darauf verboten wurde. Durch einen Beitrag in der Berliner Zeitschrift „Pan“ wurde Richard Dehmel auf Schäfer aufmerksam und nahm sich des aufstrebenden Talents an. Im Jahre 1896 erbot sich ein Verlag, der in den jungen Lehrer große Hoffnungen setzte, Schäfer ein beträchtliches Jahresgehalt zu zahlen; dafür erhielt dieser Verlag das Recht, alle künftigen Werke Schäfers zu drucken.

Nun gab der junge Dichter den verhassten Beruf auf und ging zunächst nach der Schweiz und späterhin auf einige Monate nach Paris. Als aber der Verlag, der plötzlich an der dichterischen Zukunft seines Schütlings zweifelte, seine Zahlungen einstellte, siedelte Schäfer nach Berlin über, um kein Brot als freier Schriftsteller zu verdienen. Aber auch hier hielt es ihn nicht lange, er stellte sich nach seiner rheinischen Heimat, denn er sah seine Lebensaufgabe in der Zusammenfassung der geistigen und künstlerischen Kräfte der Rheinlande. Dies in Düsseldorf eine neue Kunstzeitschrift „Die

Rheinlande“ gegründet wurde, übernahm er die Leitung, und bald darauf gründete er den „Verband der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein“. All diese Dinge nahmen ihn so stark in Anspruch, daß er eine dreijährige Pause in seinem künstlerischen Schaffen einreten lassen mußte. Erst im Jahre 1908 gab er ein kleines Anekdotenbändchen heraus, und sein Buch „Dreundreißig Anekdoten“ brachte ihm einen weiteren Leserkreis. Im Jahre 1912 schrieb er das „Stauffenberg“. Aufsehen erregte aber erst sein Buch über Pestalozzi, das 1915 erschien und den Titel „Lebenstag eines Menschenfreundes“ trug. Der Verlauf des Krieges, den Schäfer von Anfang an als grenzenloses Unglück betrachtet hatte, wirkte so lähmend auf den Dichter, daß er lange Zeit nichts zu schaffen vermochte. Als er dann mit einem neuen Werk an die Öffentlichkeit trat, versuchte er durch seine „Dreizehn Bücher der deutschen Seele“, dem besiegten Volk Trost und Hoffnungen zuzusprechen. Auch in den kommenden Lebensjahren will der Dichter, wie er immer wieder betont, in seinen Werken ein Ziel zu erreichen suchen, dessen Verwirklichung ihm als schönster Wunsch verschwebt: die Erziehung des deutschen Volkes zur wahren Volksgemeinschaft, die viel Liebe und Opferbereitschaft, aber auch Verständnis für den politischen Gegner fordert.

Die „verwerfliche“ Straßenbeleuchtung. In der „Königlichen Zeitung“ stand im Jahre 1819 einmal folgende Kampfrede über die Einführung der nächtlichen Straßenbeleuchtung: Jede Straßenbeleuchtung ist verwerflich: 1. aus theologischen Gründen, als Eingriff in die Ordnung Gottes. Nach dieser ist die Nacht zur Finsternis eingeteilt, die nur zu gewissen Zeiten vom Mondlicht unterbrochen wird. Dagegen dürfen wir uns nicht auflehnen, den Beisplan nicht hohmeisterlich, die Nacht nicht in den Tag verkehren wollen. 2. Aus medizinischen Gründen: das nächtliche Verweilen auf den Straßen wird den Leuten leichter und bequemer gemacht und legt zu Schmutzen, Husten und Heiserkeit den Grund. 3. Aus philosophischen Gründen: die Sittlichkeit wird durch die Gasbeleuchtung verflüchtigt. Die künstliche Helle vercheucht in den Gemütern das Grauen vor der Finsternis, das die Schwachen vor mancher Sünde abhält.

Elektrisch geheizte Handschuhe. Der englische Gelehrte Prof. Dow hat elektrisch geheizte Handschuhe erfunden, die für Autofahrer ganz besonders geeignet sind. Elektrische Heizelemente besonderer Art sind auf dem Rücken des Handschuhs angebracht und mittels einer Klampe verdeckt. Die Elemente werden auf feiner Gaze mit Druckknöpfen befestigt und in Stellung gehalten. Die Art des Handschuhs sorgt für ausreichende Beheizung. Der elektrische Strom wird von der Batterie des Wagens geliefert. Die Zuführung erfolgt über einen Steckkontakt hinter dem Fahrzeuggester. Die Anschlußleitung läuft über den Holzstragen und durch den Kermel bis zu den Handschuhen.

Im Lande des weißen Adlers.

Eindrücke in der einstigen deutschen Ostmark.

Für den, der den heutigen Polengebietern seine politische Aufmerksamkeit zu einer Zeit zuwendete, als diese noch nicht ein neues selbständiges selbstgesteuertes Staatswesen darstellten, ist es von besonderem Reiz, sich ab und zu die Gegenwartsdinge an Ort und Stelle anzusehen. Bei solcher Gelegenheit pflegt man dann leicht und gern Vergleiche zu ziehen zwischen dem, was war und dem, was wurde.

Ueberflüssiges Beginnen wäre es, wollte man durch umfangreiche Beweisführung versuchen, darzulegen, daß die in einem großen Teil der bürgerlichen Presse noch immer anzutreffende angügliche Redensart von der „polnischen Wirtschaft“ nichts weiter als ein auf Realität oder Bewusstheit beruhender fauler Zauber ist. Das gleiche gilt von der auf ähnlichen Eigenschaften basierenden, besonders den Lesern rechtsstehender Zeitungen ab und zu suggerierten Behauptung, der neue Polenstaat sei ja doch nur eine Frage der Zeit, eine vorübergehende Erscheinung, daher, na, usw.

Ein Besuch im Lande selbst überzeugt davon, daß in wirtschaftlicher Hinsicht Polen gegenüber den Dingen von vor zwei Jahren ganz erhebliche Fortschritte gemacht hat. Die Mengen von Arbeitlosen, die man beispielsweise damals in der Stadt Posen antreffen konnte, sind heute längst nicht mehr in jenem Ausmaß vorhanden. Was um so mehr befremden will, als doch inzwischen große Teile der damals in französischen und belgischen Aufbaugeschäft beschäftigten polnischen Arbeiter wieder in die Heimat zurückgeflutet sind. Die Zusammenbrüche von Wirtschaftsunternehmungen sind seit etwa Jahresfrist zum Stillstand gekommen und auch im Bankwesen macht sich die Besserung sehr merklich kund. Die Posener Filiale der Deutschen Disconto-Gesellschaft macht sehr gute Geschäfte mit den privaten polnischen Wirtschaftsfaktoren. Und dies trotz alles Rationalistenhabers, der allerdings an Ort und Stelle längst nicht in dem Maße vorhanden ist, wie man als Ueingeübter auf Grund einer gewissen deutschen Zeitungsberichterstattung leicht annehmen könnte.

Die polnische Geldwirtschaft, der Ploz, steht freilich nicht gut. Ein Ploz ist gegenwärtig etwa fünfzunderzig deutsche Pfennige. Inbes ist es nicht unwahrscheinlich, daß hierin, nachdem das amerikanische Betriebskapital erst in die verschiedenen Wirtschaftskanäle hineingelassen ist, eine Besserung eintritt. Der Verdienst, besonders des Bohnarbeiters, ist nach Lage der Dinge auch kein günstiger. Jedoch ist, am Warenvergleich gemessen, die Lebenshaltung zumindest in den ehemals deutschen Ostgebieten auch etwas billiger als bei uns in Deutschland.

Das Wohl und Wehe der einstigen deutschen Gebiete interessiert bei uns nicht in letzter Linie. Da verdient es Beachtung, daß man gerade im Posenischen stark bemüht ist, die wirtschaftlichen Hände zu regen und noch neuen Verdienstmöglichkeiten um- und Ausschau zu halten. Die neuerrichtete Posener Messe findet nicht nur im eigenen Lande alljährlich starke Beachtung, auch das in Frage kommende Ausland zeigte sich im letzten Jahre an dieser Messe interessiert. Der Erfolg ermunterte sogar die Posener Behörden, für das Jahr 1929 (anlässlich des dann zehnjährigen Bestehens der polnischen Republik) eine Weltausstellung ins Auge zu fassen.

Gewiß haben seinerzeit, in den Tagen der Erhebung unter Pilsudski, die durch mehr als vier Jahre Krieg erhitzten Bismarckler die angeblichen Symbole des Deutschtums, nämlich die verschiedenen Hohenzollern- und Bismarck-Denkmäler, radikal umgekippt. Man spannte vier Pferde vor die Stein- und Bronzefiguren und rief sie unter der Anteilnahme der polnisch fühlenden Bevölkerung von ihren Sockeln. Doch ist nirgends heute eine Wäde zu verzeichnen. Ueberall schöne Anlagen, gärtnerisch gepflegter

Blumenschmuck, saubere Plätze und saubere Straßen. Nirgends ein Nachteil gegenüber früher. Durch dieses und jenes Dorf ging ich, am längsten blieb ich in Posen, der Hauptstadt der Wojwodschaf. Und mit Freude erkannte ich, daß zwar durchweg alles polonisiert ist, daß jedoch die von preussischer Seite in Jahrzehnten ins Land gebrachte Kultur von den neuen Herren durchaus hochgeschätzt und gepflegt wird.

Zwei beachtenswerte Faktoren kultureller Art in der Stadt Posen (heute Poznan), sind die Unioersität und die vor sechsundzwanzig Jahren unter großem Kostenaufwand geschaffene Staatliche Bücherei. In der Unioersität herrscht reges Leben. Viertausend Studenten sitzen hier in den Hörsälen. Sie stammen zum meist aus den kleinen Orten der Wojwodschaf und aus Posen selbst. Vom Gymnasium her bringen diese jungen Leute die deutsche Sprache mit; eine Sache, von der in den Volksschulen freilich leider nur noch wenig übrig geblieben ist. Durch die weiten Räume der Bücherei führte mich eine der polnischen Bibliotheksbeamtinnen. Mit Stolz zeigte sie, wie gewissenhaft und hochschätzend alles verwaltet würde. Kein deutsches Buch ist verschunden, nur viele polnische Bücher sind hinzugekommen. Im Zeitdriffenjahr liegen neben polnischen und ausländischen auch etwa zwei Dugend deutsche Zeitschriften wissenschaftlichen Charakters aus, in der Hauptkategorie gedacht für das Studium der jungen Leute von der Unioersität.

Die deutsche Presse und die pomphaft „Kaiserplatz“? Von der ersteren ist wenig übrig geblieben. Ein Blatt existiert noch, just das, das mit der Masse früher am wenigstens verbunden war. Sein Leserkreis ist sehr eng. Die liberalen, vor dem Kriege 40000 Bezahler zählenden „Posener Neuzeit Nachrichten“ haben vor Jahresfrist ihre Tore endgültig schließen müssen. Die deutschen Leserschriften sind aus bekannten Ursachen sehr zusammengeschnitten und das Feld beherrscht heute die polnische Presse. Durch die Kaiserplatz ging ich auf Pilsnantoffen, der teuren Parteiführboden wegen. Im Hochparterre steht hier noch die alte wühlmännliche Einrichtung. Unberührt, Möbel, Bilder, Dekorationen. Aus den oberen Räumen wurde ein kirchliches Museum. Altarbilder und sonstige Heiligensfiguren, soweit das Auge schweift. Repomants in allen Formen und aus den verschiedensten Jahrhunderten. Einen Ploz kostet die Wanderung durch die Säle.

Dieser Brief wäre unvollständig, wenn in ihm nicht noch eines inneren Zustandes Erwähnung getan würde, der keineswegs die Gegenseite Deutschtum und Polentum zur Grundlage hat, der aber doch besonders in der Wojwodschaf Posen die Gemüter stark bewegt. Das ist die Abneigung gegen die „Kongresser“. Seit Jahren findet nicht nur aus den Gebieten um Warschau her, also aus dem einstigen Kongresspolen, eine starke Warenüberflutung aus der westlichen Distrikte (von Warschau aus gesehen: westlich) statt, auch die Zuanwanderung von dort in die von den Deutschen entblöhten Gebiete ist sehr stark. Und das hat nun in den Bezirken des einstigen Posen und Westpreußen unter den ansässigen Polen mehr und mehr Bitterkeit wachgerufen. Man sieht in diesen Landesteilen sehr überflüssige Konturen in dem eigenen Gebiet. Man meint, sicher auch nicht ohne Grund, daß die neuen Zudämmlinge Verdienstmöglichkeiten und Futterplätze wegnehmen, zumindest ein wenig, und ist darob verschaupt. Da die Zuanwanderer aus Kongresspolen zudem noch ein wenig übermäßig und herausfordernd auftreten und weiter auch die Handelsreisenden aus Lodz und Warschau eben von der dortigen Konkurrenz kamen, so erlang man mit der Zeit das anzügliche Wort von den „Kongressern“. Ein Begriff, der viele Polenfreife im ehemals deutschen Osten heute mehr bewegt, als der polnisch-deutsche Gegensatz.

Josef Rißer.

